Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatl. 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatl. 10 ₰, ¼jährl. 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6645.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Völbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 158. Halle a. S., Sonnabend den 8. Juli 1893. 4. Jahrg.

Der Bankrott des Bimetallismus.

Den deutsch- und freikonservativen Agrariern liegt an einer ihren Wünschen entsprechenden Zoll- und Währungspolitik weit mehr, als an der Annahme der Militärvorlage. Die ökonomische Bedeutung der Militärvorlage liegt für das Junkertum darin, daß der Militärstaat ihnen die Sorge für ihre zum „standesgemäßen Leben" nicht genug erberben Söhne abnimmt, während hohe Zölle die Getreidepreise steigern und den Absatz des auf ihren Gütern gebauten Getreides sichern und der Uebergang zum Bimetallismus das Tragen der Hypothekenlast erleichtert und die Löhne zum Weichen bringen würde.

Rein ökonomische Interessen der Klasse der langfristigen Hypothekschuldner sind es, welche die Agrarier veranlassen, für die Einführung der Doppelwährung einzutreten. Noch knapp vor Auflösung des Reichstags brachten die konservativen Ackermann und Genossen einen Antrag auf Einführung der Doppelwährung ein, und in der Wahlagitation wurde mit diesem Antrage weidlich getrebst. Wir konnten sicher sein, daß der Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt mit einem konservativ-reichsparteilichen Antrage beglückt werden wird, der die Einführung der Doppelwährung anbahnen soll.

Noch dem großen Ereignisse, das im fernen Indien kürzlich stattgefunden hat, dürfte aber denen um Herrn von Kardorff die Lust vergangen sein, eine Währungsfrage im Reichstage zu provozieren. Wir haben unlängst dieses große Ereignis in unserer politischen Uebersicht registriert, unsere Leser erinnern sich, daß wir berichteten, daß in Britisch Indien die freie Silberprägung eingestellt werden soll.

Die Bedeutung dieses Vorganges für Indien schildert recht gut eine volkswirtschaftliche Korrespondenz folgendermaßen:

„Das Vorgehen Indiens war ein Akt der dringendsten Notwehr. Ohne die äußerste Not würde man dort nie daran gedacht haben, in der Verwendung des Silbers, an das man so lange Zeit als das einzige Währungsmetall gewöhnt war, eine Einschränkung eintreten zu lassen, ja seine völlige Depossedierung anzubahnen; denn allgemein nimmt man an, daß das Aufhören der freien Silberprägung nur ein Uebergang zur Einführung der Goldwährung sein soll. Aber der dauernde Rückgang des Silberpreises und die daraus folgende steigende Unterwertigkeit der indischen Einheitsmünze, der Rupie, in Verbindung mit den Rückwirkungen auf Handel und Verkehr und die ganze Volkswirtschaft machten einen Bruch mit der fast 60jährigen Gewohnheit zur unabweisbaren Notwendigkeit. Die Rupie, die zu Anfang der siebziger Jahre einen Wert von über zwei Shilling hatte, sank, da infolge der enormen Silberproduktion seit den siebziger Jahren ein außerordentlich gesteigerter Silberabfluß nach Indien stattfand und hier nun wegen der freien Silberprägung alles in Rupien ausgeprägt wurde, auf 14½ Pence, also fast um 10 Pence. Dabei traten aber keineswegs die von den Bimetallisten behaupteten günstigen Wirkungen einer vermehrten Ausfuhr und verminderten Einfuhr ein, vielmehr litten alle Geschäftsleute unter den Währungsverhältnissen. Die Arbeiter erhielten für die bisher gezahlte Summe nicht mehr die gleichen Quantitäten Waren, da allenthalben natürlich die Rupien nur zu ihrem wahren Silberwert angenommen wurden, ohne daß sich aber der Verdienst sonderlich steigerte, die Beamten reichten nicht mehr mit dem Gehalt, das Staatsbudget selbst zeigte infolge der Minderwertigkeit der eingetriebenen Steuersummen bereits einen Fehlbetrag von 1 Million Rupien: kurz, ein allgemeiner Notstand war eingetreten, eine Besserung war nicht abzusehen; vielmehr stand die indische Regierung vor der Frage außerordentlicher Ausgabevermehrungen, um die thatsächliche Verschlechterung der Einnahmeverhältnisse der Beamten durch Gehaltserhöhungen auszugleichen, und so griff man dem zu dem Aushilfemittel, die freie Silberwährung aufzuheben und zugleich den Rupienpreis den thatsächlichen Verhältnissen anzupassen, um wieder zu einer Währungsstabilität zu kommen."

Wer der Währungsfrage weniger Aufmerksamkeit schenkt, wird die Einwirkung dieses Ereignisses auf die Eventualität einer Währungsdebatte im Deutschen Reichstage nicht sofort begreifen. Wir wollen deshalb das Wichtigste über die Bedeutung der währungspolitischen Maßregel im fernen Indien hier kurz zusammenfassen.

Nachdem Deutschland, die skandinavischen Staaten u. a. zu Goldwährung übergegangen waren, sank der Silberpreis sowohl infolge des verringerten Absatzgebietes als vor allem infolge der Silberverkäufe Deutschlands. So lange aber die Münzstätten des lateinischen Münzbundes, Oesterreichs u. a. Staaten offen waren, war der Preisrückgang des Silbers noch nicht so stark, weil durch Vermittlung der jedermann offen stehenden französischen Münze immer für 15½ Pfund Silber 1 Pfund Gold zu haben war.

Das rasche Einströmen des Silbers in die Münzstätten der Staaten mit Doppel- oder Silberwährung wurde für diese zu einer bedrohlichen Erscheinung. Hätten die Staaten der lateinischen Münzunion (Frankreich, Italien, Belgien und die Schweiz) sich hiergegen nicht gewehrt, so wäre nach dem bekannten wirtschaftlichen Gesetze das bessere Metall, das Gold, vom schlechteren, dem Silber, verdrängt worden und diese Staaten wären aus Doppelwährungs-Ländern zu Ländern mit Silberwährung degradiert worden, der Kurs ihrer Staatspapiere wäre gewaltig gesunken, ihr Kredit hätte die schwersten Einbußen zu erleiden gehabt und in allen ihren internationalen Geldverpflichtungen, die vor allem an Deutschland und England in Gold geleistet werden mußten, wären sie benachteiligt worden, weil sie für das nach dem Ausland zu sendende Gold ein Agio (einen Aufschlag) hätten zahlen müssen.

Diese Erwägungen zwangen die Doppelwährungs-Staaten, bloß noch die freie Prägung von Gold zu gestatten, ihre Münzstätten aber anzuweisen, daß sie fürderhin kein Silber auf Kosten Privater ausprägen sollen. Damit hatten diese Staaten das Prinzip des Bimetallismus thatsächlich schon aufgegeben, denn dasselbe besteht nicht bloß in dem gesetzlich festgehaltenen Verhältnis von Gold zu Silber und in dem Zwange, Zahlungen in beiden Münzsorten in unbeschränkter Menge anzunehmen, sondern vor allem auch darin, daß die staatlichen Münzstätten ohne jede Beschränkung Gold und Silber für Rechnung Privater ausprägen. Oesterreich-Ungarn, obwohl es gesetzliche Silberwährung besaß, mußte dem Beispiele der Staaten der lateinischen Münzunion folgen, weil es durch das massenhafte Einströmen von Silber an dem schon damals ins Auge gefaßten, nun eben in Durchführung begriffenen Uebergang zur Goldwährung verhindert worden wäre. Die Folge dieser staatlichen Maßnahmen führten zum Preissturze des Silbers, der durch die sich von Jahr zu Jahr steigernde Ausbeute der Silberbergwerke Nordamerika's gefördert, durch den Absatz von Silber nach Ostasien und Indien und durch die jährliche Ausprägung von mindestens 24 Millionen Dollars auf Kosten der Vereinigten Staaten nicht aufgehalten werden konnte.

Die Bimetallisten, Herr Arendt, der Führer der deutschen Doppelwährungsmänner, auch hier in erster Reihe stehend, glaubten steif und fest, daß Ostasien und Indien niemals von dem weißen Metall lassen, daß diese Länder und die Münze der Vereinigten Staaten stets das überschüssige Silber zum größeren Teile aufnehmen und damit ein weiteres starken Preisrückgang des Silbers unmöglich machen würden.

Auch dieses Fundament der Doppelwährungs-Theorie versagt nun seinen Dienst. Die Thatsache, daß die Münze Britisch-Indiens, des Landes, das das meiste Silber aufnahm, der privaten Prägung des Silbers nicht mehr dienen darf, beweist zweierlei: 1. daß Ostindien kein Silber mehr aufnehmen kann, daß also der Silberstrom sich nicht mehr nach Indien richten kann, und 2. daß dieses Land in absehbarer Zeit zur Goldwährung übergehen dürfte. Was sind nun die Folgen der indischen Währungspolitik? Vor allem muß ins Auge gefaßt werden, daß die gleichen Ursachen auch in den hinterindischen Staaten sowie in China und Japan in Erscheinung treten werden, dann werden diese Staaten sich nicht mehr wie bisnun zufrieden geben, wenn Europa und Amerika ihre Produkte mit ihrem überschüssigen Silber bezahlen. Uns wird es dann an jeder Verwendung für das Silber außer zu industriellen Zwecken fehlen, das Silber wird dann seinen tiefsten Preisstand erreicht haben, man wird dann vielleicht erst für 70, 80, ja möglicherweise erst für 100 und mehr Pfund Silber ein Pfund Gold erhalten. Dieser Zeitpunkt ist wohl näher, als man es noch vor einem halben Jahre für möglich gehalten hat. Aber schon die Maßregel der ostindischen Regierung hat einen bisher noch nicht erreichten tiefsten Stand des Silberpreises herbeigeführt, und es wird auch dieser Preis bald unterboten werden.

Statt nach Indien abzufließen, geht nun die ganze Produktion der amerikanischen Silber-Bergwerke auf den Londoner Silbermarkt, ohne dort Käufer zu finden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden, durch die indischen Maßregeln einerseits, durch den bedrohlichen Goldabfluß aus ihrem Lande andererseits gewarnt, wahrscheinlich schon in der für den 9. August einberufenen außerordentlichen Session des Kongresses ein Gesetz erhalten, das der bisnun im Interesse der Silberproduzenten geübten Silberausprägung auf Kosten des Staates ein für allemal ein Ende bereitet.

14]

Allerhand Proletarier.

Von A. Otto-Walster.

[Nachdruck verboten.]

Die dramatische Vorlesung und der „ästhetische Kaffee" waren längst zum allgemeinen Bedauern zu Ende. Fräulein Theodora lag bereits in den Armen des Schlafes, nicht minder auch die jüngeren Mitglieder der Häuslerschen Familie, sowie der alte Meister, der seine letzten Pflöcke halb im Schlafe eingeschlagen, während die Meisterin noch aufzuräumen und alles zum Montag früh zurechtzustellen hatte, weil da die Kinder zeitig zur Schule mußten und früh um 7 Uhr verlangende Blicke nach der Mehlsuppe auswarfen. Der Schreiber aber huschte mit einer Flasche Rum die Treppe herauf nach seinem Zimmer, in welchem der Maler und der Flüchtling im lebhaftesten Gespräche begriffen waren, welches jedoch so leise geführt wurde, daß man es kaum vor dem Singen des Wasserkessels über der Spirituslampe vernehmen konnte. Die Thür wurde leise geschlossen, der Schreiber holte Gläser und Zucker herbei und dann, sich an seinen Besucher wendend, meinte er:

„Jetzt sind wir soweit fertig, den Feldzugsplan zu beraten; aber es muß auch der Fall in Betracht gezogen werden, daß uns ein listiger Feind nicht während der Beratung überfallen kann. Unsere Zimmer sind durch eine Thür zu trennen und zu verbinden, Sie haben drüben den Riegel und ich hier den Schlüssel; sobald wir wollen, können wir die Thür öffnen, und da dieselbe mit in Ihr Zimmer geht, so habe ich hier einen alten Kleiderschrank, von dem die Rückenbretter sich ohne Mühe ausheben lassen; Fußbretter sind so wie so nicht mehr vorhanden. Zu gleicher Zeit bei mir und bei Ihnen drüben sucht man so wie so nicht aus; also öffnen Sie vor allen Dingen drüben und lassen Sie uns die Kommunikation herstellen."

Der Maler that, wie ihm angeraten war, er begab sich vom Gange in sein Zimmer, das er von innen verschloß und kehrte durch den Kleiderschrank wieder zurück in das Hinterzimmer, in welchem der Schreiber bereits den Grog servierte. Herr Schrüter wurde nun auch mit dem bekannt gemacht, was Julius seiner Schwester am Nachmittag und später dem Maler gebeichtet hatte.

„Es wird dem Fräulein sehr schwer werden, eine genügende Summe aufzutreiben," meinte er darauf nachdenklich, „ich kenne die Verhältnisse der Leute besser, als sie in der Regel selbst. Ich weiß, daß heute abend die Rieke von Geheimrats das Silber wieder zum Pfandleiher getragen, mit dem sie gestern bei der unvermeidlichen Soirée geprunkt haben, und in der zweiten Etage wird heute nacht geräumt, weil die Firma Scheffel und Bluth zum siebenten Male Pleite geht."

„Wie, geräumt? Bei der Bewachung, die in diesem Hause stattfindet?"

„O, diese Leute räumen nicht wie gewöhnliche Menschen; Möbel, Bilder, Spiegel, Statuetten, Blumenvasen, alle gehören dem Möbelverleiher, der sie morgen abholen läßt, weil er seit vier Monaten keine Miete und auch keine Wert öffnungen mehr bekam. Was sie mitnehmen, sind einige Portefeuilles, welche einer der Herren Kompagnons in der Reisetasche fortträgt."

„Mich wundert nur, daß Herr Schnober nicht am Ersten sein Geld verlangt hat."

„O, er hat es schon am Letzten bekommen, freilich in einer Sorte, deren wahrer Wert ihm erst morgen aufgehen wird."

„Sie wissen aber auch alles!"

„O, ich weiß mehr, als andere wissen dürften; ich weiß sogar, wo Herr Schnober seine Wertpapiere vergräbt."

„Was? Er vergräbt sie?"

„Ja, wundert Sie das? Ein Mann, der sich bewußt ist, daß er ohne Geld garnichts mehr sein wird, und der auch keinem Menschen mehr traut, weil er keinen Unterschied zu machen versteht und alle Menschen nach seiner eigenen Niederträchtigkeit beurteilt, der giebt seine Wertpapiere nicht aus der Hand, denn das gälte ihm halb schon als Verlust; und weil er gehört hat, daß bei Feuersbrünsten die Papiere auch in festverschlossenen, diebessicheren Kassetten verkohlen, gräbt er sie ein in die Erde, denn die brennt nicht ab."

„Und Sie wissen, wo?"

„Ja, ich weiß, wo, und es ist mein Triumph, daß ich den Mann in meiner Hand habe, der mich fortwährend ausnützt und dabei verachtet wie einen Hund. Eine oberflächliche Bemerkung von mir an gewissen Orten fallen gelassen, und Schnober wird ein gewöhnlicher Hauswirt mit Hypothekenschulden, während er jetzt die Regierung, der es übrigens nichts schadet, jährlich um eine erkleckliche Rentensteuer belügt. Dieser Schnober sollte Gott danken, daß er in einer Lage ist, die er nicht zum hundertsten Teile verdient, er sollte wenigstens nicht durch seine Niederträchtigkeiten das Schicksal herausfordern. Sein Haus, das er um 23000 Mark gekauft, ist durch das schnelle Wachstum der Stadt zu einem Werte von 100000 gestiegen, ohne daß er das Geringste dazu beigetragen, und dabei behaupten die verlogenen Nationalökonomen der liberalen Bourgeoisie auch noch, daß Privatkapital sei Frucht von Fleiß und Sparsamkeit der Besitzer oder deren Nachkommen. Fleiß und Sparsamkeit! Ein alter Stubennachbar von mir gab mir hierzu ein glänzendes Beispiel. Sein Vater war ein Schmiedler und er ein Säufer. Sein Vater hatte bei der Vorstadt, von der damals nur einige Häuser standen, ein Areal mit einem Teiche, der durch Verlegung eines Landgrabens, aus dem er Wasser zugeführt erhielt, austrocknete. Die Feldparzellen wurden von den Nach-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930708-13/fragment/page=0001

Damit ist der Bimetallismus begraben. Die Masse des Silbers wird stets zunehmen, ohne Abnehmer zu finden, der Silberpreis wird ununterbrochen sinken.

Ein solches Metall als Währungsmetall einzuführen, seine freie Ausprägung zu gestatten, mit ihm an Stelle des vom Gläubiger in Empfang genommenen Goldes seine Schulden zu bezahlen, das mögen Männer für möglich halten, die das ABC der Nationalökonomie nicht begreifen, aber den Kardorffs, Arendts, Mirbachs und Ackermanns müssen selbst wir zugestehen, daß wir sie nicht für fähig erachten, ihre bimetallistischen Bestrebungen noch für durchführbar zu halten. Der bimetallistische Zukunftsstaat ist durch die Thatsachen als Utopie erwiesen. Der Bimetallismus ist maustot.

Politische Rundschau.

Nach der **Fraktionsliste des Reichstags** zählen die Deutsch-Konservativen 67 Mitglieder (darunter 7 Hospitanten), die Reichspartei 28 (darunter 6 Hospitanten) das Zentrum 99 (darunter 4 Hospitanten, v. Arnswaldt-Böhm, Baron v. Arnswaldt Hardenbostel, Götz v. Olenhusen, Frhr. v. Wangenheim), die deutsche Reformpartei 10 (Vorsitzende Dr. Böckel und Zimmermann, Schriftführer Werner, sorst Gräfe, Hähnchen, Hirschel, Klemm (Dresden), Köhler, Lieber (Meisser) Hitze) die Fraktion der Polen 19, die Nationalliberalen 50, darunter 4 Hospitanten, Dr. Bestetter, Dr. Hirte, Rothbart, Schwerdtfeger, die freisinnige Vereinigung 13, die freisinnige Volkspartei 23, darunter der Hospitant Beckh, die süddeutsche Volkspartei 11, die Sozialdemokraten 43 Mitglieder. 28 Mitglieder gehören keiner Fraktion an, die Protestler, Ahlwardt, Büchmaier, Graf Bernstorff (Ulzen), Graf Bismarck, Brinkmaier, Prinz Carolath-Schönaich, v. Dallwitz, Graf v. d. Decken, Fink, Fusangel, Jäscher, Hilpert, Frhr. v. Hodenberg, Hofmann (Dillenberg), Frhr. v. Hornstein, Johannsen, v. Levetzow, Leuß, Liebermann v. Sonnenberg, Röricke, Dr. Sigl.

Zu Vorsitzenden in den sieben Abteilungen des Reichstages sind folgende Abgeordnete gewählt worden: 1. Abteilung: Auer, Vorsitzender; v. Czarlinski, Stellvertreter des Vorsitzenden. 2. Abteilung: Dr. Langerhans, Vorsitzender; Dr. v. Marquardsen, Stellvertreter des Vorsitzenden. 3. Abteilung: Frhr. v Unruhe-Bomst, Vorsitzender; Günther, Stellvertreter des Vorsitzenden. 4. Abteilung: Dr. Lieber-Montabaur, Vorsitzender; Träger, Stellvertreter des Vorsitzenden. 5 Abteilung: Graf v. Kanitz-Podangen, Vorsitzender; Dr. Rintelen, Stellvertreter des Vorsitzenden. 6. Abteilung: Graf v. Hompesch, Vorsitzender; Graf v. Holstein, Stellvertreter des Vorsitzenden. 7. Abteilung: Dr. v. Benniglsen, Vorsitzender; Singer, Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Sozialdemokraten werden nun auch in den **bayrischen Landtag** einziehen. Bei den stattgehabten Wahlmännerwahlen wurden in München II und Nürnberg die meisten Sozialisten gewählt, so daß nunmehr Nürnberg 4 und München II 2 Abgeordnete in den Landtag senden werden. Das Stimmenverhältnis ist folgendes:

München II

Sozialdemokratie	3119 St.,	48 Wahlm.
Verein. Ordnungspartei	2565 „	38 „

Nürnberg

Sozialdemokratie	13 000 St.,	143 Wahlm.
Vereinigte Liberale	8000 „	116 „

In München I brachte es die Sozialdemokratie mit 7853 Stimmen auf 86 Wahlmänner, während die Liberalen bei 8175 Stimmen (also nur wenig mehr als die Sozialdemokraten) 216 und das Zentrum bei 3474 Stimmen 40 durchbrachten. In München I sind also die liberalen Wahlmänner in der Mehrheit. — Die sozialdemokratischen Hechte in dem liberal u tramontonen Parlaments-Karpenteich werden bei ihrer bekannten Rührigkeit den Herren manchmal recht unangenehm werden.

Das Wachstum der Sozialdemokratie macht den Gegnern gar schweres Kopfzerbrechen und mit Eifer suchen sie nach allerlei nebensächlichen Dingen, um die Ursachen unseres Wachstums daraus herzuleiten. So beschäftigt sich auch Professor Hans Delbrück im Juliheste der „Preuß. Jahrbücher" mit dem Ausfall der Wahlen und besonders dem Anwachsen der Sozialdemokratie. Er weist auf England hin, wo es keine nennenswerte Sozialdemokratie trotz des nahezu allgemeinen Stimmrechts gebe, und empfiehlt als „wirksamstes Mittel" zu unserer Bekämpfung zwei Maßnahmen: die allmählige Aufhebung aller Getreidezölle und die Einziehung der Liebesgabe bei der Branntweinsteuer. Freilich sucht sich Herr Delbrück, der der freikonservativen Partei angehört, verschiedentlich zu verklausulieren; er will der Landwirtschaft statt der Zölle die Doppelwährung geben, worüber heute, nach der Schließung der indischen Münzstätten, zu reden nicht mehr der Mühe verlohnt; er behauptet auch, daß die Landwirte trotz der Zölle und des Steuerprivilegs noch nicht die Preise für ihre Erzeugnisse wie in früherer Zeit erhalten, was erstlich an der Hand der Statistik für das ganze Jahrhundert und zweitens angesichts der Unthätigkeit des Staates gegenüber dem Preisrückgang auf anderen Gebieten anfechtbar ist. Immerhin, er spricht doch Forderungen aus, die in agrarischen Kreisen nicht wenig verschnupfen werden. Die landwirtschaftlichen Zölle können „immer nur zeitweilig aufrecht erhalten werden und müssen endlich fallen"; sie sind „das hauptsächlichste Hindernis für den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie"; „die Nicht-Existenz dieser Zölle in England ist ganz gewiß ein wesentlicher Grund, weshalb der revolutionäre Radikalismus nicht gedeiht." Und ferner sagt Herr Delbrück: „In der That sind es nicht weniger als 42 Millionen Mark jährlich, etwa zwei Drittel des Rohwertes der ganzen Spiritusproduktion, was den Brennern auf Kosten der Steuerzahler zugewiesen wird", und es sei „sehr an der Zeit, an eine Reform dieser Steuer zu denken, um gleichzeitig die Interessen des Fiskus zu wahren und eine störende politische Agitation aus der Welt zu schaffen".

Der Herr Professor dürfte mit seinen Vorschlägen beim Reichskanzler Capivi, noch weniger aber beim agrarischen Junkertum viel Gegenliebe finden. Das letztere würde auf den Millionen spendenden „Segen" der Getreidezölle und der Branntweinliebesgabe nicht freiwillig verzichten, selbst auf die Gefahr hin, daß die Sozialdemokratie noch weiter wachse. Nach uns die Sintflut! ist ihre Losung.

Der freikonservative Professor zeigt übrigens durchaus keinen weiten Blick mit seinem Erklärungsversuch. Die Grundbesitzerprivilegien wirken mit auf das Wachsen unserer Partei hin, seinen Urgrund aber hat es in den Gesamtfolgen des Kapitalismus. Gegen die Sozialdemokratie giebt es nur ein Heilmittel: Den Kapitalismus über Bord werfen und zum Sozialismus übergehen. Alles andere ist Nebensache, so tiefeinschneidend es im einzelnen auch wirken mag.

Nach Ausnahmegesetzen gegen den Antisemitismus ruft die „Kölnische Zeitung." Als Begründung weiß sie nichts, als die schiefe Behauptung anzuführen, daß der Antisemitismus „eine Abart der Sozialdemokratie" sei. Die Erfahrungen, die die Regierung mit ihrer Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie gemacht hat, sollten eigentlich auch das ordinärste Blatt des besitzenden Bürgertums gewitzigter gemacht und ihm den Geschmack an solch thörichten Gewaltmaßregeln gründlich verdorben haben. Viele Dummheiten sind im Kampf gegen den Antisemitismus von den bürgerlichen Parteien bereits begangen worden, aber Ausnahmegesetze gegen ihn, die ihm die Krone des Märtyrertums auf die Stirn drücken würden, wären der Dummheit größte.

Bei den Verhandlungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik, die dieser Tage bekanntlich in Berlin tagte, stellte sich heraus, wie notwendig der von sozialdemokratischer Seite so häufig schon geforderte Bruch mit dem bisherigen schriftlichen Erhebungsverfahren ist. Die Beantwortung von Fragebogen, und seien sie mit noch so großer Sorgfalt und Mühe aufgestellt, kann niemals ein so genaues und zutreffendes Bild von den Zuständen in einem Gewerbe geben, wie ein mündliches Verfahren, bei dem die Parteien durch Fragen und Gegenfragen verhört werden. Diese Methode hat sich in England glänzend bewährt, und es dürfte an der Zeit sein, sie auch in Deutschland einzuführen.

Der Antisemit Gräfe siegte im Wahlkreise Bautzen im ersten Wahlgange über den bisherigen konservativen Vertreter. Nun enthält der Kreis mit samt seinen 370 739 Einwohnern keinen einzigen Juden. Das Elend aber ist in diesem „judenreinen" Kreise ebenso groß, wie in den mit Juden durchsetzten, woraus für jeden Einsichtigen — die Antisemitenblüthe ausgeschlossen — folgt, daß der Antisemitismus eine Erscheinung ist, die so rasch, wie sie gekommen, sich auch wieder in dem Strom des Sozialismus auflösen wird.

Die Antisemiten unter sich. Der Reichstagsabgeordnete Liebermann von Sonnenberg veröffentlicht einen Brief, den er am 28. Juni an die antisemitischen Abgeordneten Böckel und Zimmermann gerichtet hat. Dieser Brief schlägt die Bildung einer antisemitischen Fraktion unter Ausschluß von Ahlwardt vor. Er empfiehlt, um niemanden in seinen wirtschaftlichen oder politischen Sonderanschauungen zu beeinträchtigen, daß nur in allen die Judenfrage betreffenden Angelegenheiten Gesamtberatungen der Fraktion stattfinden sollen. Auf diesen Brief ist keine Antwort erfolgt. Als Antwort ist aber eine Veröffentlichung anzusehen, wonach sich die zehn antisemitischen Abgeordneten Böckel-scher und Zimmermannscher Richtung zur Fraktion der „Deutschen Reformpartei" zusammengeschlossen haben. Liebermann v. Sonnenberg quittiert auf diese Veröffentlichung mit der Mitteilung, daß sich die deutsch-sozialen Abgeordneten nunmehr ebenfalls zu einer Sondergruppe vereinigen werden. Da nun aus der allgemeinen Antisemitenfraktion mit Ausschluß von Ahlwardt nichts geworden ist, haben die um Liebermann den ersteren wieder in Gnaden aufgenommen.

„Wieder Einer!" Oberhausen, 5. Juli. Die hiesigen Antisemiten, die im Laufe der letzten zwei Jahre eine stetig wachsende Anhängerschar bekamen, haben einen schweren Schlag erlitten. Ihre „hervorragendste" Kraft und ihr „bewährtester" Agitator, der Lehrer Mayd hat sich ins Ausland geflüchtet, um der ihm wegen eines schweren Sittlichkeitsverbrechens drohenden Verhaftung zu entgehen.

Aus der Ferienkolonie. Der Sergeant Hoyer in Erfurt vom 71. Regiment wurde wegen schwerer Soldatenmißhandlungen zu 8 Monaten Festungshaft und Degradation verurteilt.

Lobenswert. Ludwigsburg, 4. Juli. Wie kürzlich gemeldet, war ein Soldat, der sich aus Furcht vor seinem Unteroffizier einen Finger der linken Hand abhieb, um durch Verblutung seinen Tod herbeizuführen, zu 1 Jahr Gefängnis und Versetzung in die 2 Klasse des Soldatenstandes verurteilt worden, während der Unteroffizier 1 Jahr 3 Monate Festungsgefängnis erhielt und zum Gemeinen degradiert wurde. Der König von Württemberg hat die Strafe des Soldaten auf 3 Monate Festungshaft reduziert und die Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes aufgehoben. — In Preußen sind solche Akte bei gemeinen Soldaten, so viel uns bekannt ist, nicht zu verzeichnen.

Die Wahlrechts-Bewegung in Oesterreich. Die Wiener Sozialdemokratie hatte für den 9. Juli eine Versammlung vor dem Wiener Rathaus, dem einzigen Platze für eine Massenversammlung unter freiem Himmel, einberufen, um dort für das allgemeine Wahlrecht zu demonstrieren. Die Angstmeier und Sozialfetentöter der Wiener Stadtverwaltung haben die Erlaubnis hierzu verweigert. Unsere Genossen aber blieben fest und erklärten, unter allen Umständen demonstrieren zu wollen. Dies wirkte. Die Statthalterei erlaubte im Rekursswege die Abhaltung dieser Versammlung. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Die Arbeiterbewegung in Sizilien kam jüngst im Parlamente zur Sprache. Natürlich kennt man auch hier kein anderes Mittel als den Maulkorb, um das erwachende Menschheitsbewußtsein zu unterdrücken. Giolitti, der Ministerpräsident, erklärte in der Kammer, die organisierten Arbeiter Siziliens (ca. 50 000) als „Malfattori" (Verbrecher) behandeln und Extra-Maßregeln gegen sie ergreifen zu wollen. Er vergißt Cavours Regel: „Mit Ausnahmsgesetzen

---

barn angekauft; den Teich, der dann zur Grube wurde, in welche man Asche und Kehricht, sowie alles mögliche Gerülle ablagerte; den Teich mochte niemand haben, und der Besitzer dachte garnicht mehr daran. Die Häuser wuchsen ringsherum aus dem Fußboden, das Gerüll nahm zu, aus der Grube wurde schließlich ein Berg. Ich habe ihn selbst gesehen; ein Berg war's, wie man selten einen sieht; geziert mit Sachen, die die Lumpensammler, die sich hier fleißig einfanden, verschmähten: Zegelbrocken, Asche, verlumpte und verschmierte Kortbüte, zerbrochene Gläser, Tassen, Töpfe, vermoderte Polsterlecken und verschimmelte Handschuhe, totgeschlagene Ratten und Mäuse nebst unbrauchbar gewordenen Mäusefallen und Blechzeug, was der Rost zerfressen hatte. Die Reste ehemaliger Herrlichkeiten, ein Anblick war's, wie ihn einstmals unsere Kulturepoche mit ihren Ueberbleibseln darbieten wird. Und eines Tages fallen die Augen der Spekulation auf diesen kostbaren Platz. Es kostet Not und Mühe, den Eigentümer aus alten Registern herauszuspüren. Von den edlen Gründern suchte der eine dem andern den Rang abzulaufen, um ein Vorkaufsrecht zu erwischen und mit so und so viel tausend Mark zu verwerten. Am Abend, wo ihn der erste in einer Schnapskneipe entdeckte, war der Mensch so betrunken, daß er nicht zum Notar geschleppt werden konnte, darum nahm ihn der Spekulant in einem Zweispänner mit sich in seine Wohnung, damit er ihn am andern Morgen nüchtern hätte und brachte ihn im Schlafzimmer eines seiner Kinder unter, welches im Wohnzimmer auf dem Sopha schlafen mußte. Mitten in der Nacht aber steht der Mensch auf, fällt draußen die Treppe hinunter und macht einen solchen Höllenlärm, daß ihn die Bewohner der unteren Etage auf die Polizei bringen lassen, weil er natürlich nicht nüchtern genug war, um angeben zu können, was er in dem Hause zu schaffen habe. So entging dem Gründer seine Beute, und das Areal, welches der Mensch für eine Flasche Kümmel an jenem Abend hergegeben hätte, brachte ihm einen Kaufpreis von 30 000 Mark. Hätte der Mensch einen Erben gehabt, so betrachtete dieser das Geld gewiß jetzt als Lohn für den Fleiß und die Sparsamkeit seiner Vorfahren. Der glückliche Besitzer aber starb 8 Tage später am Säuferwahnsinn. Und diese Weltordnung nennen unsere liberalen Schwätzpeter eine „göttliche", weil sie sich „göttlich" wohl dabei befinden. Nun möcht' ich nur beim Teufel wissen, was sie an dieser „Ordnung" dann immer noch herumzuarbeiten haben, wie die Schuhmacher bei einem Schuh, bei dem die Sohlen durchgelaufen, die Koppen heruntergetreten sind und die Zehen Luftlöcher haben."

„Bravo, Bravo," rief der Maler höchlichst amüsiert, indem er sein Glas Grog hinunterschlürfte, „eine Rede, die eines größeren Publikums würdig gewesen wäre. Aber jetzt verehrter Volksredner ohne Volk, wollen Sie sich nicht zu unserm speziellen Falle herbeilassen?"

„O, das Publikum ist mir noch zu groß; warten Sie mal: haben Sie den Schlüssel drinnen stecken?"

„Jawohl, warum?" fragte der Maler.

Ohne zu antworten, schlich der Schreiber durch den Schrank ins andere Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Braunschweig, 5. Juli. Sudermanns Schauspiel „Sodoms Ende", welches heute im Hoff's Theater unter Mitwirkung des Herrn Kainz gegeben werden sollte, kann nicht zur Aufführung gelangen, weil die herzogliche Polizeidirektion aus unbekannten Gründen sich zu einem Verbote des Stückes veranlaßt gesehen hat. (Selbstverständlich ist wieder die Sittlichkeit gefährdet.)

Mainz, 5. Juli. Nach einer Mitteilung des Oberbürgermeisters Dr. Oechsner wird kommenden Montag den 10. Juli die ästhetische Kommission berufen werden, um über die Errichtung eines Heine-Denkmals in Mainz Beschluß zu fassen. Dieser Kommissionsbeschluß wird alsdann der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden.

Paris, 6. Juli. Der Schriftsteller Guy Maupassant starb heute vormittag in der Irrenanstalt, wo er sich seit Jahresfrist befand.

Physische Ansteckung in der Schule. Einen sehr interessanten Fall von psychischer Ansteckung in der Schule berichtet Dr. Remboldt aus Stuttgart in der Berliner Klinischen Wochenschrift. Er wurde eines Tages in die Mädchenschule gerufen, in der sich folgendes ereignet hatte: In einer Mädchenklasse (9—10jährige Schülerinnen) war kurz nach Beginn des Unterrichts, ohne daß sich eine besondere Ursache nachweisen ließ, eins der Kinder bewußtlos über die Bank herabgesunken, worauf binnen wenigen Minuten eine ganze Anzahl ebenfalls ohnmächtig wurden, während andere jammernd und zitternd sich über heftiges Uebel- und Unwohlsein beklagten. Der Lärm und die Verwirrung, die bei diesem Vorkommnis entstanden, waren auch in eine benachbarte Klasse gedrungen, hier war jedoch nur ein nervöser Anfall bei einem 13jährigen Mädchen eingetreten. Der Arzt traf bei seiner Ankunft im Zeichensaale unter ca. 40 Mädchen 10 gänzlich bewußtlos wie im tiefen Schlafe daliegend an. Ihr Zustand blieb auf Schütteln und Anrufen durchaus unverändert. Von den übrigen zitterte ein Teil am ganzen Leibe heftig, weinte laut und schluchzte krampfhaft, ein anderer starrte in Staunen und Schrecken die plötzliche Erkrankung ihrer Genossinnen an. Diese letzteren wurden sofort in ihr Klassenzimmer geschafft, jene unter beruhigendem Zuspruch aus Fenster geführt, um in tiefen Atemzügen frische Luft zu schöpfen. Die Ohnmächtigen kamen bei kräftigem Anspritzen mit kaltem Wasser und energischem Zureden, sich vernünftig zu benehmen, rasch wieder zu sich; sie wurden dann nach Hause entlassen und lehnten bereits derselben Nachmittag oder am anderen Morgen in die Schule zurück, ohne daß sich in der Folge die geringste Störung der Gesundheit zeigte. — Wir haben es hier mit einem jener merkwürdigen Fälle zu thun, in denen nervöse und psychische Erkrankungen sich ähnlich wie eine Seuche von Individuum zu Individuum ausbreiten. Solche physische Ansteckungen beobachtete man schon in früheren Jahrhunderten; so wird häufig von Veitstanz-Epidemien berichtet, welche ganze Ortschaften trafen und zu deren Heilung man Wallfahrtsorte aufsuchte. Heutzutage wird man diese Erscheinungen den „autosuggestiven Zuständen" zurechnen. Die Besonderheit in unserem Falle besteht in dem außerordentlich kurzen Zeitraum, in dem sich die Szene abspielte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930708-13/fragment/page=0002

kann jeder Dummkopf regieren." Trotz alledem gewinnt die sozialistische Idee in Italien immer mehr Anhänger und der deutsche Wahlerfolg übt sichtlich moralischen Einfluß auf schwankende Gemüter, die bisher nicht offen mit dem abgelebten Staatssystem zu brechen wagten. Bei den letzten Gemeindewahlen erhielt unsere Liste in Mailand 300 Stimmen mehr als im vorigen Jahr (1500 statt 1200). Die Stadt Imola hatte sich einen sozialistischen Gemeinderat gewählt; das Vaterland war „in Gefahr" und das wachende Auge des Gesetzes löste den Gemeinderat auf! Nur noch einige Jahre so zu zewitschaftet das italienische Proletariat, besonders des flachen Landes, wird die Aufmerksamkeit auch des Auslandes auf sich ziehen.

Parteinachrichten.

— Unser Parteigenosse Th. Wächter, der bekanntlich zur letzten Reichstagswahl im 4. württembergischen Wahlkreise kandidiert hat, ist in seiner Eigenschaft als Predigtamtskandidat gemaßregelt worden. Die „Schwäbische Tagwacht" bringt darüber folgende Zuschrift: „Eine Maßregelung. In ihrem konservativen Parteieifer für die Kandidatur Schrempf war es mehreren Pfarrern des 4. Wahlkreises unerträglich, daß einer, der immer noch das Recht auf Anstellung im Kirchendienst hatte, als spezieller Vertreter der Sozialdemokratie auftreten durfte. Damit war ja ihr Hauptkampfmittel gegen die Sozialdemokratie, die Verleumdung, daß diese Partei als solche eine atheistische Partei sei, direkt Lügen gestraft. Es mußte speziell festgestellt werden, daß, wer ein Vertreter der Sozialdemokratie ist, nicht zugleich als Vertreter des Christentums anerkannt werden dürfe. Mehrere Pfarrer drohten dem Unterzeichneten, daß sie beim königl. Konsistorium vorstellig werden würden. Richtig erhielt denn auch der Unterzeichnete mitten in der Wahlbewegung eine Anfrage vom königl. Konsistorium, „ob er ein eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei." Unterzeichneter bejahte diese Frage, betonte aber, wie dieser sein politisch-wirtschaftlicher Standpunkt an seiner theologisch religiösen Stellung, wie er sie in seinem Dienseramen bekannt habe und wie er auf Grund derselben das Bejähigungszeugnis für den Kirchendienst erhalten, nichts geändert habe. Ohne daß dem Unterzeichneten irgend welcher Grund mitgeteilt oder er persönlich gehört worden wäre, ward hierauf unter dem 21. Juni seine Entfernung aus der Liste der Predigtamtskandidaten verfügt" — Ein königl. Konsistorium an der Spitze einer Staatskirche konnte ja nicht anders handeln; es muß den Vertreter des Christentums zwingen, zugleich die Politik ihrer Regierung deren Brot sie essen, zu vertreten. Alle Freunde echten wahren Christentums können hier wieder sehen, wie die Religion und ihre Vertreter erst dann wieder eine ihrer würdige Vertrauensstellung im Volke gewinnen kann, wenn sie nicht mehr in der Form der Staatsreligion die schwarze Polizei spielen muß, sondern wenn die religiösen Gemeinschaften wie private Gemeinschaften sind, deren Vertreter in ihrer politischen Ueberzeugung nicht vom Staat gemaßregelt werden können. Ein dem Unterzeichneten zugekommenes Schreiben eines Pfarramtes an das königl. Konsistorium, die zwei Konsistorialerlasse und seine eigene Entgegnung wird der Unterzeichnete in seinem in den nächsten Tagen erscheinenden Sonntagsblatt „Der Christ" veröffentlichen. Th. Wächter.

Halberstadt, 2 Juli Wegen Beleidigung des Hamburger Staatsanwalts Dr. Romen hatte sich gestern der verantwortliche Redakteur der sozialdemokratischen „Sonntagszeitung", Martin, zu verantworten. Die Sache war schon einmal verhandelt, aber vertagt worden, um vier Zeugen aus Frankfurt a. M. zu laden, welche über das dortige Auftreten des damaligen Assessors Dr. Romen in den Anklagen gegen den Redakteur Hoch von der „Volksstimme" Bekundungen machen sollten. Es waren dies die Vorsitzenden der beiden Strafkammern, der Verteidiger Hochs und ein Gerichtsberichterstatter. Im übrigen handelte es sich um die von Staatsanwalt Romen getane Aeußerung, daß es die Sozialdemokratie mit dem Eide nicht so genau nehme. Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalts Heine (Berlin), erklärte Dr. Romen, daß er der Verfasser einer ohne Namen erschienenen Broschüre „Meineid und Sozialdemokratie" sei. Es wurden darüber umfangreiche Aufsätze und Zeitungsstellen verlesen, aber unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des angeklagten Redakteurs zu einer Geldstrafe von 500 M.

Leipzig, 6. Juli. Das Reichsgericht verwarf die Revision der Bergleute Schröder und Markgraf in Gelsenkirchen, die von der Strafkammer in Essen wegen Aufreizung während des Bergarbeiterstreiks zu vier und sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Auf die vom Staatsanwalt eingelegte Revision wurde das erste Urteil aufgehoben bezüglich der Freisprechung des Mitangeklagten Redakteurs Werdelmann und der Freisprechung Schröders wegen seiner Nachmittagsrede am 6. Januar.

— Der Redakteur der „Wurzener Zeitung", Diehl, wurde vom Landgericht Leipzig zu 150 M. Geldstrafe verurteilt, weil er durch einen Kommentar zu einer Berliner Lokalnotiz das Gardekorps beleidigt haben soll. — Weil sie an einer polizeilich aufgehobenen Sitzung der Landagitations Kommission teilgenommen hatten, wurden verschiedene Parteigenossen in Braunschweig mit Strafmandaten zu je 15 M. bedacht.

— Wegen angeblichen Vergehens gegen § 131 des Strafgesetzbuches hatte sich der Redakteur des „Offenburger Volksfreund", Geroffe Geck, am 3. Juli vor den Geschworenen zu verantworten. Das Delikt sollte begangen sein durch Abdruck einiger markanter Stellen aus der bekannten Broschüre „Sodaten oder Menschen?" Die Verhandlung endete, wie vorauszusehen war, mit Freisprechung.

Aus Stadt und Land.

Halle a. S., 6. Juli 1893.

Dr. Alexander Meyer und die goldene Halskette. Ergänzungsweise zu unserer gestrigen Notiz über das Auftreten des so glanz- und ehrenvoll gewählten Reichstagsabgeordneten für den Saalkreis und die Stadt Halle im Weißen Saale des Kaiserschlosses müssen wir unseren Lesern mitteilen, daß besagter ehrenwerter Herr Dr. Alexander Meyer stellvertretender Stadtverordneten-Vorsteher der Residenzstadt Berlin und deshalb berechtigt ist, diese Amtskette bei besonderen Gelegenheiten, allerdings nur in amtlicher Eigenschaft, nicht aber als Reichstagsabgeordneter für Halle zu tragen; als Abgeordneter für Halle hat er noch keine Kette um den Hals erhalten. Während wir auf die Verdienste des Herrn Dr. Alexander Meyer als Stadtverordneten-Vorsteherstellvertreter, welche er sich um Berlin erworben und welche in unserm Aufsatz: „Juden, Judenabkömmlinge und Judenhetzer" in Nr. 145 (23 Juni) unseres Blattes der Berliner „Staatsbürger-Ztg." gemäß gewürdigt haben, hinweisen, glauben wir diesem verdienstvollen Manne gerecht zu werden, wenn wir anerkennen, daß er nur deshalb sich bei dem Reichstags-Eröffnungsakt im Weißen Saale besonders hervorheben wollte, um seiner Freude darüber Ausdruck zu geben und andere zur Teilnahme daran aufzumuntern — daß er, wider alles eigne Hoffen, doch noch einmal das Glück erlebte, in diesem Saale als Reichstagsabgeordneter durch die Gnade der hallischen Antisemiten, Konservativen und Ordnungsparteiler erscheinen zu dürfen.

Die „Hallesche Zeitung", das Organ der Konservativen der Provinz Sachsen, bisher im Besitze einer Aktiengesellschaft, ist in den Besitz einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die ein Stammkapital von 180 000 M. besitzt, übergegangen. Bemerkenswert ist, daß Geschäftsführer neben zwei anderen Personen der — Landrat des Saalkreises v. Werder ist. Da in Preußen unmittelbare Staatsbeamte ohne Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörden nicht als Leiter geschäftlicher Unternehmungen fungieren dürfen, so muß man annehmen, daß der Minister des Innern, Graf Eulenburg, nichts dagegen einzuwenden hat, daß ein Landrat gleichzeitig Leiter eines konservativen Zeitungsunternehmens ist. Dafür ist aber auch eine der Hauptaufgaben der konservativen „Hallschen Ztg." die Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Die Ferien des Kreisausschusses sowie des Stadtausschusses beginnen am 21. Juli und währen bis zum 1. September. Nur schleunige Sachen dürfen während derselben zur Verhandlung kommen.

Die Ausstellung der Entwürfe für das Riebeckstift, das Altersheim für Angehörige der „besseren Stände" — die Aufzunehmenden müssen 600 M. einzahlen und eigne Möbel, Betten und Wäsche einbringen — findet in der Aula der Bürgerschule in der Oleariusstraße statt und ist vom 8. bis 12. Juli unentgeltlich in Augenschein zu nehmen.

Der außergewöhnlich niedrige Wasserstand der Saale, welcher nun fast ununterbrochen mehr als 10 Tage währt, veranlaßt eine wahre Kalamität für alle an den Wehren belegenen Badeanstalten. Der Wasserspiegel ist seit Beginn dieser Woche zum Teil bis zu einem Fuß und darüber unter die Wehrhöhen gesunken, sodaß die zwischen den Wehren belegenen Wasserstrecken thatsächlich stagnieren und Teichen ähneln. Dadurch wird natürlich die Temperatur des Wassers infolge der andauernden Hitze ungeheuer erhöht, was sicherlich für die im Flußbad Erfrischung Suchenden höchst unliebsam ist. Nach unangenehmer aber wirken hiergegen Uebelstände auf die Freunde von Wellenbädern ein, indem diese voll kommen brachgelegt sind. Was aber als das Schlimmste zu bezeichnen ist, das ist das völlige Darniederliegen der Saaleschiffahrt, welche bereits infolge des langandauernden Frostes im letzten Winter großen Schaden erlitten hat.

Eine Warnung vor dem Genuß zu kalter Mineralwasser (Selter, Soda u. s. w.) wird amtlicherseits zur Abwehr der Cholera erlassen. Den Verkäufern solcher Wässer wird aufgegeben, dieselben nicht unter einer Temperatur von 10 Grad Celsius abzugeben. Dies ist allerdings ein Wärmegrad, welcher diejenigen Qualitäten von Selterwassern, die von der großen Masse konsumiert werden, kaum noch als Erfrischungstrunk gelten lassen wird.

Concordia-Theater. Wie wir hören, ist die artistische Leitung des Concordia-Theaters in die Hände des in der Theaterwelt bekannten Direktors Herrn Wilhelm Herrmann aus Dessau übergegangen. — Herr Herrmann, welcher als begabter Schauspieler und tüchtiger Direktor sich eines ganz vorzüglichen Rufes erfreut, wird schon in den nächsten Tagen die ersten Proben seiner direktoralen Fähigkeiten ablegen.

Ein Pferd stürzte Donnerstag nachmittag an der Ecke Dryander- und Südstraße und war auf der Stelle tot.

Nah und Fern.

Dresden, 6. Juli. Ein Haus in der Prager Straße, das abgebrochen wird, ist heute abend in sich zusammengestürzt und hat sämtliche Arbeiter mit in die Tiefe gerissen. Bis jetzt zählt man 4 Tote und eine Anzahl Schwerverwundete.

Vom Main, 3. Juli. Die jetzt zu Ende gehende Kirschen-Ernte hat sehr reiche Erträge gebracht; einzelne Gemeinden lösten 90 000 bis 100 000 M. Auch die übrigen Obstsorten versprechen eine gute Ernte. Die ersten Frühäpfel konnten schon zu Markt gebracht werden. Seit voriger Woche färben sich die Früchtetrauben schon so daß die Wein-Ernte heuer früher als je zu erwarten ist.

Worms, 5. Juli. Heute schlug der Blitz in eine Arbeitung Arbeiter ein, die unter Bäumen Schutz vor dem Gewitterregen gesucht hatten. Zwei Arbeiter wurden getötet, ein dritter schwer verletzt.

Karlsruhe, 5. Juli. Seit einigen Tagen wird der hiesige Professor Dürr vermißt. Man vermutet einen Unglücksfall.

Altona, 6. Juli. Seit 8 Uhr abends wütete ein großes Feuer in der Elbstraße. Dasselbe brach im vierten Boden der Kaffeesortieranstalt Stück u. Andresen aus, verbreitete sich nach beiden Seiten und ergriff den großen Getreidespeicher von Georg Wöhnet und andere Nebenhäuser. Bald nach Mitternacht gelang es, den Feuerherd zu beschränken. Morgens 6 Uhr rückte die Hamburger Feuerwehr ab. Zwei Altonaer Feuerwehrleute wurden schwer verletzt. Etwa 400 Personen sind beschäftigungslos geworden. Im Innern wird das Feuer noch tagelang brennen. Sämtliche Speicher sind zu Ruinen geworden. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 6. Juli.

Aufgeboten: Der Ober-Ingenieur Rudolf Kluge und Alma Gerlach (Sachsenburg und Geißstraße 55). Der Kesselschmied Ernst Nicolai und Auguste Kleine (Gloucesterstraße 60 und Bäckergasse 3). Der Kutscher Karl Este und Karoline Schmidt (Georgstraße 2). Der Fahr-Assistent Friedrich Wütig und Emma Domann (Leipzig und Wuchererstraße 30). Der Domänenpächter Siegfried v. Grolman und Elisabeth Braun (Zeppeln und am Kirchthor 10). Der Tischler Adolf Lehne und Agnes Gebig (Magdeburg). Der Post-Assistent Robert Binnewitz und Marie Peters (Anhalterstraße 6 u. Sumsdorf).

Eheschließungen: Der Fleischermeister Otto Löther und Anna Steingräber (Kellnergasse 6 und Händelstraße 6). Der Fabrikarbeiter Karl Riebisch und Hedwig Murkall (große Wallstraße 15 und Schloßstraße 5). Der Steinhauer Karl Eurich und Wilhelmine Schnelle (Spitze 13). Der Handarbeiter Rudolf Hemer und Ida Götter (Moritzkirchhof 3 und Steg 15).

Geboren: Dem Kassen-Assistent Hermann Haßnpp ein S., Hermann Werner (Thonstraße 63). Dem Tischlermeister Eduard Friese eine T., Anna Martha Wolly (Burggasse 2). Dem Lifthbremser Wilhelm Renzi ein S., Hermann Willy Walther (Kunzenbergstraße 14). Dem Restaurateur Gustav Brückmann ein S., Friedrich Gottfried Gustav (Raffineriestraße 3). Dem Maschinenschlosser Waldemar Lauch ein S., Walther Erich (Streiberstraße 17). Dem Tischler Friedrich König eine T., Luise Marie (Forsterstraße 21). Dem Schuhmacher Friedrich Malz eine T., Anna Margarethe (große Ritterstraße 2). Dem Möbeltransporteur Hermann Schittig ein S., Otto Kurt (Magdeburgerstraße 51). Dem Tapezierer Richard Bonsack eine T., Antonie Klara Martha (Schweizerstraße 16).

Gestorben: Elisabeth Thiele, 17 J. (Friesenstraße 13). Die Witwe Klara Schatz geb. Kögel, 52 J (Sophienstraße 52). Des Polizei Sergeant Friedrich Hartmann T. Elsa, 1 Mon. (Sternstr. 5). Des Tischlermeister Karl Thielicke Ehefrau, Salome geb. Burnae, 58 J. (gr. Steinstr. 63) Des Former Friedrich Marx S. Willy, 5 M. (Grünstraße 29) Des Maurer Adolf Himmel S. Otto, 1 Mon. (Brunoswarte 6). 1 unehel. S.

Für die Redaktion verantwortlich: Richard Illge in Halle.

Gasthaus zum Hasen.
Sonnabend
Schlachtfest.
Es ladet ein Th. Raap.
Wurstverkauf auch außer dem Hause.

H. Mehnerts Restaurant
Liebenauerstr. und Wolfschlucht-Ecke.
Sonnabend und Sonntag
gr. Tauben-Auskegeln auf dem Billard.
Münchener Exportbier.

Jul. Ebeling
Tabak- und Zigarren-Handlung
Leipzigerstraße 35
alte Freunden und Genossen empfiehlt Freunden und Genossen
Schlipse und Kravatten,
Spazierstöcke,
Pfeifen.
Zigarrenspitzen,

Achtung!
Prima Rindfleisch
per Pfund 50 Pf
Grafeweg 2/3 im Hof.

Ramschhalle, Geiststraße 23
empfiehlt zu den billigsten Preisen
Schürzen, Strümpfe, Handschuhe für Herren, Damen u. Kinder, seidene Filet-Handschuhe 10 und 15 Pf., Badehosen 10—20 Pf., Herren und Damenhemden, großer Posten Gardinen 20—30 Pf. p. Meter.
Ramschhalle, Geiststraße 23.

Soeben erschien:
Der Postillon Nr. 14.
Preis 10 Pf.
Glühlichter Nr. 95.
Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung.

Anfertigung von
Möbeln und Särgen
Zwingerstraße 10.

Gummi-Wäsche
mit dauerhaftester Shirting-Einlage
weitaus haltbarer als sämtliche Konkurrenz-Fabrikate,
empfiehlt zu billigen Preisen
53 C. F. Schaaf 53
obere Leipzigerstr.

2024
Paar Stiefeln für Männer, bekannt gute Qualität per Paar 6 M
1005
Paar engl. Lederhosen immer nur noch per Paar 4 M, bekannt dauerhafte Ware.
Große Posten Stoffhosen in ff. Mustern per Paar 3½, 4, 5, 6—7½ M
Herren-Anzüge in bekannt großer Musterauswahl, schneidig im Schnitt, zu allen Preisen.
Renner's
Eins- u. Verkaufs-Geschäft
Leipzigerstrasse.

Speisekartoffeln.
200 Zentner Magnum bonum, sehr schön im Geschmack, früh blaue und weiße empfiehlt
Franz Enke, Friedrichplatz.

Soeben ist erschienen:
16. Band der Internationalen Bibliothek. I. Serie.
Die Gesundheitspflege des Weibes.
Von Dr. F. B. Simon.
Mit 34 Abbildungen und einer farbigen Tafel. Preis brosch. 2 M, geb. 2.50 M
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung,
Bölbergasse.

Gebrannte Kaffees
vorzüglich im Geschmack à Pfd. von 1.60—2 M,
gebr. Weizen, Gerste u. Roggen
zum billigsten Tagespreise
empfiehlt der geehrten Kundschaft
Paul Mussmann Nachfolger
Thomasius- und Dryanderstr.-Ecke.

Neue Kartoffeln.
Von jetzt ab mit der täglichen Zufuhr neuer Ware, empfehle solche im ganzen und einzeln zum billigsten Tagespreise. Bestellungen werden reell und schnell, frei Haus ausgeführt. Morgen trifft eine Ladung schöner festkochender Nieren ein, womit ich früh auf dem Markte halte.
Oskar Heller, Steinweg 32.

Holzpantoffelfabr. D. Gründler
Halle a. S., Fleischergasse 42
empfiehlt Lager dauerhaft und gut gearb. Holz-, Plüsch- u. Kordpantoffeln en gros und en detail zu den billigsten Fabrikpreisen.

Büreau für Rechtssachen von Carl Ott, früherer Rechtsanwalt-Büreau-Vorsteher, Halle, Taubenstraße 11. Klagen, deren Entgegnungen, Testamente, Kaufverträge, Cessionen, Zahlungsbefehle und dergleichen werden sachgemäß besorgt.

Gebr. Kinderwagen sehr billig zu verkaufen Thalamstraße 3, p.

Ein Paar feite Schweine zu verkaufen Gebichenstein, gr. Gosenstr. 1.

Handwagen zu verkaufen Geiststraße 48, 1 Tr.

Suche per sofort leere Restaurationsräume. Näheres Steinstraße 53 im Bardiergeschäft von Elias.

Ein in sehr guter Lage liegendes Victualien, Flaschenbier- u. Kohlengeschäft ist billig zu verkaufen. Zu erfr. in der Expedition dieses Blattes.

Fol. Stube, K., K. u. Zubeh. zu verm. Thor u. Thomaskirchstr. 4.

Hofwohnung sofort zu beziehen. Zu erfragen Wuchererstraße 47, 1 Tr. r.

2 Stuben, 1 K., 1 K. und Zubehör zu vermieten Liebenauerstraße 19

Anständige Schlafstelle Martinsgasse 22, 2 Tr. r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930708-13/fragment/page=0003

Große öffentliche sozialdemokratische
Volksversammlung

Montag den 10. Juli abends 8 Uhr

im Saale des „Neuen Theater".

Tagesordnung: 1. Was lehrt uns die vergangene Reichstagswahl? 2. Stellungnahme zur Verweigerung von Versammlungssälen außerhalb Halles.

Einem starken Besuche seitens der Gesinnungsgenossen und Genossinnen sieht entgegen

Der Vertrauensmann: Jähnig.

Versammlung
der Schmiede

Sonnabend den 8. Juli 1893 abends 8½ Uhr bei Faulmann, Gartengasse.

Tagesordnung: 1. Die Sonntagsruhe. 2. Gewerbegericht. 3. Verschiedenes.

Zu recht zahlreichem Besuche ladet ein Der Vorstand

Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und anderer Arbeiter.

Sonnabend den 8. Juli abends 8 Uhr im Gasthof zu den drei Königen

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vorlesung. 2. Abrechnung. 3. Verschiedenes. — Es wird jedem zur Pflicht gemacht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand

---

Verein zur Wahrung der Interessen der Schlosser, Dreher und Berufsgenossen.

Sonnabend den 8. Juli abends 8 Uhr im Restaurant zum kühlen Brunnen

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag: „Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen?" Ref.: Gen. W. Grothe. 2. Rechnungslegung. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

General-Versammlung

des Naturheilvereins Giebichenstein

Sonnabend den 8. Juli abends 8 Uhr im Restaurant zur guten Quelle, Reilstraße 122.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4 Verschiedenes. 5. Wahl eines ersten Vorsitzenden.

Zahlreiches Erscheinen ist sehr erwünscht. Der Vorstand

Restaurant zur Wolfschlucht,

Beesenerstrasse 23.

Heute Sonnabend und morgen Sonntag

Hähnchen-Auskegeln,

wozu freundlichst einladet **G. Müller.**

Achtung! Bitterfeld und Umgegend.

Teile meinen werten Freunden und Gästen mit, daß ich während des Turnfestes auf dem hiesigen Festplatz ein

grosses Bierzelt

eröffnet habe und bitte um gütigen Zuspruch.

August Rast, Restaurateur.

Mehnert & Liebscher

Delitzscherstraße 8 (am Bahnhof) und Wilhelmstraße 7

empfehlen

sämtliche Brenn- und Bau-Artikel

zu billigsten Sommerpreisen

---

94 Arbeiter! **94**

Handwerker! Bürger!

Der **Kleiderpascha,** Leipzigerstraße 94, hat es sich, wie allbekannt, zur Aufgabe gemacht, seine Waren zu denkbar **billigsten Preisen** abzugeben. Durch den **großen Umsatz,** den ich erzielte, bin ich in der Lage, dem geehrten Publikum das zu bieten, was keine Konkurrenz **im stande ist.**

10000 kompl. Anzüge von 10 Mark an.
10000 Sommer-Paletots von 8 Mark an.
10000 Kamm.-Velour-Hosen von 5 M. an.
10000 Stoff-Hosen v. 3 M. an.
10000 Knaben-Anzüge v. 2½ Mark an.

Fracks, Kellner Jacken, Waschhosen, Schul Anzüge, Joppen in Jagd-Velour, Lüstre-, Moleskin, engl Leder-, Zeug- und Drell-Hosen in tausendfacher Auswahl

zu staunend billigen Preisen.

Welthaus Kleiderpascha

Inhaber: **M. Simmenauer.**

94 Leipzigerstraße **94**

Walhalla-Theater.

Direktion: **Richard Hubert.**

Neuer Spielplan!

Die **Gesellschaft Hegelmann** (vier Personen), Luft-Reckturner. (Sensationell!) — Das Julian-Sextett, engl. Tanz Sängerinnen. — Mr. **William R Martin,** Portrait-, Feuer- und Landschafts-Schnellmaler. — Herr **Kolling Mueller** (der Mann im Wasser), Tauch- und Schwimmkünstler. — Die **beiden Crenlets** (Herr u. Dame), Verwandlungs-Instrumentalisten. — Herr **Georg Rößer,** Original Humorist (mit neuen, selbstverfaßten Vorträgen).

Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Kartoffel Magnum bonum, ohne Flecken à Ztr 2 M, 5 Ztr. 20 ₰ Viktoriastraße 5

Ohne jede Konkurrenz!

Neu eröffnet und neu renoviert.

Butter-, Eier- u. Fleischwaren-Geschäft

von

Joh. Schwarz

10 Geiststraße 10

vis-à-vis von meinem früh. Geschäft.

Empfehle unter Garantie bei reellem Gewicht in stets **frischer bester Ware**

denkbar feinste

Süßrahmtafelbutter

à Pfd. 1.20 M, täglich frisch.

Ganz vorzügliche

Tafelbutter

à Pfd. 1.10 bis 1.15 M

aus den renommiertesten Molkereien.

Frische feine

Essbutter

à Pfd. 1 M

Echt Emmenthaler

Schweizerkäse

vollfettig und hochfein im Geschmack, à Pfd. 70 und 80 ₰.

Spezialität:

Elbinger Weidekäse

à Pfd. 70 ₰.

Echt Westphälischen

Landspeck

à Pfd. 75 ₰.

Eier.

Frische, große

Thüringer Landeier

à Mandel 50 und 60 ₰

für jedes einzelne Garantie.

Sämtliche Thüringer u. Braunschweiger Fleischwaren wöchentlich 2 Mal frisch eintreffend im ganzen sowie im Ausschnitt zu den billigsten Preisen. Indem ich bitte, mir das Vertrauen, welches mir in reichem früheren Geschäfte in so reichem Maße entgegengebracht worden ist, auch auf mein neues Unternehmen gütigst übertragen zu wollen, bitte ich höflichst um recht zahlreichen Zuspruch.

Joh. Schwarz

Butter- und Eiergeschäft

10 Geiststraße 10.

Achtung! Bitterfeld und Umgegend.

Teile meinen werten Freunden und Genossen gefälligst mit, daß ich auf dem Turnfestplatz einen Stand mit

Zigarren

errichtet habe und bitte um gütigen Zuspruch.

Gottlob Rössler, Zigarrenfabrikant.

Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß sich mein Geschäftslokal **Chausseestraße 77, parterre (kein Laden),** befindet. Der Obige

---

Zum bevorstehenden Kinderfeste

empfehle ich den Gesellschaften und Vereinen mein Engros-Lager von **Galanterie- u. Spielwaren, Verlosungsgegenständen, Adlern, Sternen** rc. **Papierlaternen.** Vereine erhalten Engros-Preise, Rabatt und Prozente.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 91, größtes Geschäft der Branche am Platze.

Garnierte Damenhüte,

Knaben- u. Mädchenhüte,

Sonnenschirme, Blusen,

Sporthemden, Spitzenkragen, Gürtel,

verkaufen wegen vorgerückter Saison

zum Kostenpreis.

Ph. Liebenthal & Co.,

Leipzigerstr. 100.

Robert Plötz

17 Leipzigerstr. 17.

Gewürzetagèren (wie Abbildung), mit Porzellanaufsatz, von 1.25 M an bis zu 6.50 M.

Salz- und Mehlmesten in Holz und Steingut von 50 ₰ an.

Kaffee- und Zuckerbüchsen.

Messer und Gabeln, nur gutes Solinger Fabrikat, zu außerordentlich billigen Preisen, Dutzend Paar 3 3.75, 4.25, 5, 5.25, 5.50 M u. s. w.

Britania-Eßlöffel, weißbleibend, Dutzend 1.75, 2, 2.25 und 2.50 M.

Britania-Kaffeelöffel, Dutzend 80, 85, 90 ₰, 1, 1.10 M.

Wirtschaftswagen (wie Abbildung) Stück 3 M.

Dieselben mit Doppelfeder 4 M.

Dieselben bis 30 Pfund wiegend 5 M.

Gardinenstangen in allen Längen, Stück 70 ₰.

Gardinenrosetten, Paar 25, 35, 50 ₰.

Zugvorrichtungen, verstellbar, für jedes Fenster passend, Stück 1 M.

Waschleinen, Klammern, Messerputzbänke, Nudelrollen, Küchenbretter, Gurkenhobel u. s. w.

Billigste Einkaufsquelle für Wirtschaftsartikel.

Robert Plötz

17 Leipzigerstraße 17.

Ohne Anzahlung

erhalten Kunden **Waren, Möbel u. Polstersachen** nur bei

Nicolaus Pindo Nachf.,

Kr. Ulrichstr. 49, eine Treppe,

„Kaiserhütel",

Eingang Schulgasse.

Als Gelegenheitskauf

empfehlen in dauerhafter, schöner Qualität zu denkbar niedrigsten Preisen emaillierte

Billige Waschbecken,

32 cm 75 ₰,

Billige Eimer von 80 ₰ an,

Billige Henkeltöpfe,

½ Liter, 70 ₰,

Billige Nachtgeschirre,

75 ₰,

Billige Aufwaschwannen

von 2 M an,

Billige Kaffeetassen, Teller, Schüsseln, Kaffeekannen etc.,

sowie gute **Tischbestecke** mit ff Balance, durchgehend Dtzd Paar nur 5 M, sonst 8 M,

in großen Posten

billigst bei

Albin & Paul Simon

Marktschloss.

Kaffee,

täglich frisch gebrannt,

à Pfd. 1.40—2.00 M

sowie sämtliche

Kolonialwaren u. Spirituosen

empfiehlt

B. Kathe.

Hüte

mit Kontrollmarke,

Mützen und Schlipse,

Filz-, Stroh- u. Seidenhüte

in größter Auswahl empfiehlt wie bekannt zu billigsten Preisen

Joh. Reitwiesner,

Geiststraße 70.

M. Nebershausen Nachf.

1 Moritzwinger 1

empfiehlt

Normal-Unterzeuge, Sporthemden u. Strümpfe

in größter Auswahl bei billigsten Preisen.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß, Halle. — Druck der Hallescher Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Hierzu 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930708-13/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 158. Halle a. S., Sonnabend den 8. Juli 1893. 4. Jahrg.

Der Achtstunden-Arbeitstag und die Naturheilkunde.*)

Von Dr. jur. Ernst Harmening, Mitglied des Reichstages.

„Es ist von uns zu wiederholten Malen erklärt worden, daß für uns der Normalarbeitstag der Eckstein jedes wirksamen Arbeiterschutzgesetzes ist", äußerte der Abgeordnete Grillenberger in der Sitzung des Reichstages vom 16. April 1891. Und an einer anderen Stelle: „Wir verlangen nicht bloß die Einführung des gesetzlichen Maximalarbeitstages in der Höhe von 10 Stunden mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes (betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung), sondern wir verlangen, daß der Normalarbeitstag im Jahre 1894 auf neun und im Jahre 1898 auf acht Stunden reduziert werde."

Die achtstündige Arbeitszeit ist es, die unter dem Namen „Normalarbeitstag" eine Rolle in unsrer sozial-politischen Entwickelung spielt und weiter spielen wird.

Die Bewegung zu gunsten dieses Normalarbeitstages hat meine volle Zustimmung und Unterstützung.

Es muß für den gegenwärtigen Aufsatz dahingestellt bleiben, welche Gründe ich sonst noch für durchschlagend zur Bildung meiner Ueberzeugung erachtet habe. Die nachstehenden Zeilen sollen sich nur mit einem dieser Gründe beschäftigen.

Ich halte die gesetzliche Einführung eines Maximalarbeitstages von acht Stunden in Deutschland für möglich, für nötig, ja für in jeder Beziehung heilsam und segenbringend, und zwar vornehmlich aus dem (physiologischen) Gebot eines gesunden Lebens, aus unserem ganzen Lebenszwecke, den der ärmste Handarbeiter gerade so zu erfüllen die Berechtigung und Verpflichtung hat, wie der Millionär. In der Schwäche und dem Siechtum der Einwände, die man gegen die Forderung des achtstündigen Maximalarbeitstages vorzubringen für gut befunden hat, liegt nicht zum wenigsten die siegreiche Stärke der Beweisführung zu gunsten jenes Begehrens.

Die Darlegungen, die für die Einführung des Maximalarbeitstages sprechen, würden vorurteilsloser gewürdigt werden, wenn jeder, der über das pro et contra zu Gericht zu sitzen hat, sich in die Haut eines Menschen denken könnte, der z. B. um der täglichen Nahrung willen zehn Stunden und länger eine Maschine zu bedienen hat.

„Der Maximalarbeitstag, den wir ja für diskutabel halten, dem wir prinzipiell nicht abgeneigt sind, ist eine sanitäre" (scil. Maßregel), äußerte Minister von Berlepsch und bestätigte damit, was auch sonst aus den verschiedenen Parteien laut geworden war, allerdings ohne die logische Konsequenz aus der Richtigkeit seiner Ueberzeugung zu ziehen, vielmehr hinzufügend: „er hat die wesentliche Aufgabe, die Ausnutzung der Gesundheit und der Arbeitskraft der Arbeiter zu verhindern und unterscheidet sich in dieser Beziehung, wie meines Erachtens Herr Dr. Barth sehr richtig ausgeführt hat, sehr wesentlich von dem Maximalarbeitstag, den die Herren Sozialdemokraten in ihren Anträgen im Auge haben."

Der Abgeordnete Dr. Barth hatte nämlich ausgeführt: „Wir sind bereit, von Fall zu Fall . . . zu prüfen, ob in dem einzelnen Arbeitszweige aus gesundheitlichen Gründen nicht im Wege der Gesetzgebung auch für erwachsene männliche Arbeiter eine Ermäßigung der Arbeitszeit Platz greifen soll. Aber, meine Herren, dieses „Prinzip" ist doch himmelweit verschieden von demjenigen Prinzip, von welchem der vorliegende sozialdemokratische Antrag ausgeht. Ich erlaube mir . . ., um diesen Gegensatz recht drastisch zum Ausdruck zu bringen, anzuknüpfen an Ausführungen, welche bei einer gleichen Veranlassung der Herr Abgeordnete Grillenberger im Jahre 1885 gemacht hat, und zwar in der Sitzung vom 1. März 1885.

Er hat damals mit nackten Worten erklärt, daß der Maximalarbeitstag, wie er seitens der Sozialdemokratie angestrebt wird, für die Arbeiterklasse ganz besonders bringen soll und bringen werde eine Steigerung des Arbeitslohnes."

So der Abgeordnete Dr. Barth. Mir scheint eine Verwechselung bei dieser Polemik untergelaufen zu sein. Der Maximalarbeitstag wird doch im ganzen Leben dadurch nicht zu einem anderen Maximalarbeitstage, weil ihn der eine Verfechter mit dieser und der andere mit jener Motivierung verlangt. Ob der Maximalarbeitstag „prinzipiell" aus sanitären Gründen oder „prinzipiell" aus Gründen der Lohnsteigerung eingeführt wird, ist ganz gleich; die Wirkungen eines Gesetzes werden dadurch keine anderen, daß der eine Reichstagsabgeordnete dasselbe Gesetz aus diesem, der andere aus jenem für ihn durchschlagenden Gedanken beschließt!

Und hätte der kürzere Maximalarbeitstag die Wirkung einer Lohnerhöhung, müßte man da nicht umsomehr singen: Hosianna! gesegnet dies „Prinzip"! Der Maximalarbeitstag würde doch dann nur um so „sanitärer" für das deutsche Volk wirken!

Mit Recht erwiderte meines Erachtens der Abgeordnete Auer: „Was den sogenannten sanitären Maximalarbeitstag, wie der Herr Minister von Berlepsch denselben bezeichnet, anbetrifft, so hat ja der Herr Minister zugegeben, daß er für denselben sei; das sei eigentlich, meinte er, derjenige Normalarbeitstag, für den die Majorität im Hause bereits vorhanden sei, mit dem auch die Regierung einverstanden wäre.

Nun, meine Herren, wenn das der Fall ist, so möchte ich an die verbündeten Regierungen das Ersuchen stellen, uns eine Vorlage für Einführung des sanitären Maximalarbeitstags zu bringen. . . ."

Die Forderung des Maximalarbeitstages ist nicht nur eine unserem Mitgefühle für die arbeitende Bevölkerung durchaus entsprechende, ist nicht nur sittlich und volkswirtschaftlich gerechtfertigt, seine Einführung ist auch physiologisch, oder sagen wir: nach den Grundsätzen einer gesunden Lebenslehre durchaus geboten.

Mich hat es gewundert, daß an den zwei Tagen des 16. und 17. April 1891, wo die Schlacht um den leider nur von den Sozialdemokraten gestellten Antrag des Maximalarbeitstages geschlagen wurde, nicht auch die Rede auf die politische Größe unseres Vaterlandes gekommen ist.

Die Wehrfähigkeit unserer „nationalen Jugend" ist durch die Kürzung der jetzt thatsächlich noch bestehenden Arbeitszeit bedingt. Nicht nur das: Auch die geistige Fähigkeit Deutschlands ist in ihrem Bestande davon abhängig.

Es hat mich gefreut, kürzlich den Aufsatz des Professors Dr. H. Steinthal in dieser Zeitschrift (Nummer 8 des Jahrgangs 1891) zu lesen. Die dort aufgestellte und bei aller Kürze der Ausführungen klar begründete Forderung nach Erholung für jeden arbeitenden Menschen unterstützt den Antrag auf den Maximalarbeitstag aufs Beste.

Wir leben in einer Zeit des Ueberganges, in einer Zeit, wo für jeden, der im „Kampfe ums Dasein" steht, die Arbeitszeit thatsächlich ihre Grenzen nur in der physischen Unmöglichkeit, noch länger zu arbeiten, findet. Das gilt für jedes Kulturvolk, nicht bloß für Deutschland.

Ohne allzu fühlbaren Schaden für die Zukunft können nur die wirklich Stärkeren die eben verflossenen und noch kommenden Jahrzehnte des aufreibenden Kampfes überstehen. Die Schwächeren — seien sie körperlich, geistig oder sittlich die Schwächeren — kommen „unter die Räder", mögen sie in Armut und Elend oder, was noch schlimmer, im Irren- oder Krankenhause vergehen.

Aber auch die Stärkeren verausgaben und vergeuden ihre Kraft, und zwar unnötigerweise, da die Menschen es in der Hand hätten, dem sogenannten natürlichen, in Wahrheit unnatürlichen Zustande ein Ende zu machen. Die Sünden des 19. Jahrhunderts werden sich an den Enkeln des 20. Jahrhunderts noch rächen.

Wir sollten nicht vergessen, daß die Nation von jeher ihre physische und geistige Macht eigentlich aus den breiten Schichten des Volkes bezogen hat und weiter beziehen muß.

Soldaten und Anführer, Gelehrte und Künstler hatten und haben Angehörige des Arbeiterstandes zu Eltern oder Voreltern.

Erschöpft man die unteren Volksschichten, die doch den größten Teil des Volkes bilden, so erschöpft man einfach die Vorratskammer der nationalen körperlichen und geistigen Gesundheit.

Wohl der Nation, in der noch (vergleiche die Rede des Abgeordneten von Stumm, Seite 2401 der stenogr. Prot.) „ein kräftiger Arbeiter, ein Riese von Arbeiter" keine Seltenheit ist! Man sollte dann aber alles thun, daß solcher Riesen mehr werden, und sollte nicht durch teilnahmloses Zuschauen dazu beitragen, daß das kräftige Geschlecht der Arbeiterriesen dahin schwinde.

Man hat z. B. vor Jahren schon eine Bewegung zu gunsten der Hygiene (Gesundheitslehre) des Unterrichts eingeleitet. Die Bewegung bewirkt Vermeidung alles dessen, was während der Zeit der Schulerziehung und des Unterrichts unserer Kinder diesen schädlich werden könnte. Eine segensreiche Bewegung! Allein noch segensreicher würde die Fürsorge sein, die darauf hinwirkt, daß die Kinder schon von gesunden Eltern abstammen, daß schon ihre Daseinsbedingungen von Menschen gelegt werden, die durch vernünftige Arbeit gestärkt, aber nicht entnervt sind.

Jeder arbeitende Mensch muß Erholung haben, er muß die abspannende, muß die erhebende Erholung (vergleiche den Steinthalschen Aufsatz) nach bestem Bewinden auskosten können. Das kann er nur, wenn er die Arbeitszeit in Uebereinstimmung bringt mit den Anforderungen, die die Physiologie (sagen wir die Lebenslehre) an den menschlichen Körper stellt; er muß nicht nur die zur Erhaltung des Körpers erforderlichen Stoffe zuführen, er muß sie auch gesund verdauen können, er muß zu diesem Behufe die notwendigen Eß-, Verdauungs- und Erholungs-Stunden haben. Die menschliche Arbeit daure zweimal vier Stunden täglich, das ist des Menschen würdig, ist wohlthätig.

Warum ich mich mit dieser Darlegung an die Naturheilkunde wende?

In den Lehren der Naturheilkunde liegt gegenüber den bisher gewohnten Anschauungen, leider noch unbewußt und unerkannt für Millionen von Erdenbewohnern, eine so einfach zu begreifende neue Botschaft: Unterdrückt nicht die Anzeichen einer Krankheit, die oft obendrein eine heilsame Selbsthilfe der Natur darstellen, sondern gesundet den ganzen Organismus! Kuriert nicht auf bloße Beschwichtigung von Krankheitserscheinungen unsrer Zeit, sondern heilt die ganze Gesellschaft — so heißt es auch für die Behandlung des Massenelends.

Der Maximalarbeitstag ist noch keine Lösung der sozialen Frage, aber er ist eins von den wirklich wirksamen und natürlichen Heilmitteln.

Die Naturheilkunde will die Aerzte möglichst überflüssig machen, indem sie den Menschheitsboden in einer Weise bestellt, daß in ihm überhaupt keine Keime zu Krankheiten mehr aufkommen können.

Ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist die Beschränkung der übermäßigen Arbeitszeit.

Jeder Nächste — und man predigt ja glücklicherweise jetzt wieder Nächstenliebe im ernstlichen Sinne, predigt thätige Nächstenliebe — jeder „Nächste" muß täglich so viel Ruhe haben, daß er von dem Unlustgefühle der körperlichen Erschöpfung frei wird. Der Arbeiter muß seine Abendstunden wieder für sich haben; die Zeit des Nachteinbruchs, die man einst so schön Feierabend nannte, muß wieder frei zur Verfügung des Arbeiters gestellt werden.

Dann wird dieser nach gethaner Arbeit seine Befriedigung nicht als Betäubung des Unmutes über seine Lebenslage in der Schenke suchen, er wird sie als Erholung zu finden wissen, wird sich auf sich selbst, auf seine gesellschaftliche Pflicht besinnen, er wird darauf aus sein, mit Bewußtsein und Ueberlegung die ihm wie jedem von uns, zuständige Weltstellung einzunehmen.

Die Naturheilkunde „quacksalbert" nicht mit Krankheitsunterdrückungsmitteln, sie treibt durch naturgemäße Behandlung den Krankheitsteufel aus. Ihre größten Siege wird sie erst feiern, wenn jedem Menschen nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Möglichkeit zu einem wirklich naturgemäßen Leben geboten ist. Daher muß die Naturheilkehre den Ruf auf Einführung einer nicht längeren als 8 stündigen Arbeitszeit mit erheben, und die Anhänger einer wahrhaft gesunden Lebenslehre sollten diesen Ruf ausdauernd unterstützen, bis das Gewünschte endlich eine segensreiche Wirklichkeit wird.

(Schluß folgt.)

*) Dieser interessante Artikel ist der Zeitschrift „Der Natur- und Volksarzt" entnommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, den 6. Juli. Die gestrige Strafkammersitzung hatte sich u. a. mit einem Falle zu beschäftigen, bei dem es sich um Gotteslästerung handeln sollte. Als Angeklagter erschien der Maurer Hermann Pätzold aus Giebichenstein, Dissident, früher Sozialdemokrat, jetzt Mitglied des hiesigen kommunistischen Klubs. Er wurde beschuldigt in der am 19. Januar d. J. in Höbecks Restaurant in der Kruckenbergstraße abgehaltenen öffentlichen Versammlung erwähnten Klubs geäußert zu haben: „. . . uns giebt die allmächtige Güte und Barmherzigkeit nichts zu fr . . . . .! Dies sollte eine beschimpfende Aeußerung sein, durch welche Gott öffentlich gelästert, außerdem aber ein Aergernis erregt worden sei. Der Angeklagte bestritt, fragliche Aeußerung in gotteslästerlichem Sinne gebraucht zu haben; er habe bloß über eine mit seiner Tochter vorgenommene, die Auslegung von Kirchenliedern betreffende Unterredung berichtet und dabei erwähnt, wie er zu dem Kinde erklärend gesagt: „Die allmächtige Barmherzigkeit und Güte giebt uns nichts zu essen, wenn wir nicht „selbst dafür sorgen." Daß ein Aergernis erregt worden sei, davon habe er nichts bemerkt. Zur Aufklärung des Sachverhaltes wurde Polizeikommissar Goldmann, der erwähnte Versammlung zu überwachen gehabt, als Zeuge vernommen. Er bekundete, daß 9 Personen zugegen gewesen. Der Vorsitzende Metzner habe einen Artikel aus dem „Sozialist" verlesen und dann sei vom Mitgliede Drumer über den Austritt aus der Landeskirche gesprochen worden mit Anbeutung, wenn sich noch mehr zum Austritt melden wollten, so werde er sich auch beteiligen. Pätzold habe dieser Anregung zugestimmt und erklärt, auch noch einige Freunde zu haben, die austreten wollten. Massenaustritt aus der Landeskirche sei zu empfehlen, weil dies für den einzelnen billiger und also vorteilhafter sei. Dann habe Pätzold erwähnt, wie jetzt auf kirchlichem Gebiet vorgegangen zu werden pflege, worüber er ein Beispiel anführen könne. In der Schule, die seine Tochter besuche, sei die Anschaffung des Gesangbuches: 80 Kirchenlieder, Preis 50 Pf., verordnet worden, wogegen er seiner Tochter erklärt habe, daß dies unnötig sei. Das Kind habe dann, weil es kein solches Buch aufzuweisen gehabt, vom Lehrer, der die Sache anscheinend vom toleranten Standpunkte aus angesehen, nur moralisch bestraft worden, worauf seine, des Angeklagten Frau, seiner Tochter doch so ein kirchliches Liederbuch gekauft habe. Als er dies in die Hände bekommen, sei er darauf verfallen, seinem Kinde Aufklärung über den Inhalt zu erteilen, wobei er gesagt: „Sieh, wie das alles eingerichtet ist; wir haben nichts und uns giebt die allmächtige Güte und Barmherzigkeit nichts zu fr . . . . ." Der Zeuge hat hierdon den Eindruck bekommen, der Angeklagte habe Gott verächtlich machen wollen. Auf Vorhalt, daß der Angeklagte in etwas anderem Sinne gesprochen zu haben meine, wonach ohne eigene Thätigkeit auch durch die allmächtige Güte und Barmherzigkeit nichts erlangt werden könne, blieb der Zeuge dabei, daß fragliche Aeußerung anstoßerregend gewesen sei, weil sie sein religiöses Gefühl verletzt habe. Zur völligen Klarstellung des Vorfalles ist der Aeußerung kam das Zeugnis des Kassenkontrolleurs Gebhardt in Betracht, da selbiger in amtlichem Auftrage erwähnte Verhandlungen stenographisch aufgenommen. Dieser Zeuge bekundete nach seinen Aufzeichnungen über Pätzolds damalige Ausführungen, daß selbige gelautet: „ich habe auch noch einige Freunde, die aus der Landeskirche austreten wollen; ich habe die Brücke schon längst hinter mir abgebrochen. Massenaustritt ist zu empfehlen. Wie jetzt vorgegangen wird, will ich an einem Beispiele zeigen. (Vorgang mit dem Gesangbuche). . . . . Weißt Du, was in diesen Liedern steht? Die allmächtige Güte und Barmherzigkeit giebt uns nichts. Ich habe nichts zu fr . . . . .; „Du bist abhängig von mir und wenn ich Dir nun nichts gebe, so hast Du auch nichts zu fr . . . . .!" Nach alledem nahm der Staatsanwalt das Vergehen gegen § 166 Str.-G.-B. als erwiesen an und beantragte 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte habe mit Bezug auf Kirchenlieder über das höchste Wesen Böses geredet und des Zeugen Goldmann religiöses Gefühl verletzt, also Aergernis erregt. Der Angeklagte wandte noch ein, nicht die Absicht der Beleidigung gehabt zu haben; denn wie könne er ein Wesen beleidigen, das er nicht kenne? Der Gerichtshof erkannte wie folgt: Als erwiesen sei angenommen, daß der Angeklagte nur das gesagt habe, was der Stenograph bekundete: „Die allmächtige Güte und Barmherzigkeit giebt uns nichts; ich habe nichts zu fr . . . . .; „Du bist abhängig von mir, folglich hast Du auch nichts zu fr . . . . ., wenn ich Dir nichts gebe" Diese Aeußerung erhalte aber nicht den Thatbestand des Vergehens der Gotteslästerung, weshalb auf Freisprechung zu erkennen gewesen sei. — Nichtöffentlich war die Verhandlung der Sache des 56jährigen Handelsmannes Ernst Selle hier, da der Fall eine Majestätsbeleidigung betraf. Es erfolgte Freisprechung des Angeklagten mangels ausreichenden Beweises. Die aus einigen Frauen und Kindern bestehenden Zeugen schienen nicht recht zuverlässige Bekundungen abgegeben zu haben.

Es war in einer kalten Winternacht am 20. Januar; da wollten die Wagenschieber Adolf Kirchner hier, aus Mylau gebürtig, 33 Jahre alt und Gottlieb Thäle hier, 26 Jahre alt, sich durch geistiges Getränk erwärmen. Sie verschafften sich diesen Stoff aber durch einen schweren Diebstahl, indem sie auf dem Bahnhofe einen Packwagen öffneten, ein Faß Rordhäuser anbohrten und 4 Kilogramm die es Stärkungsmittels abzapften. Sie sollten sich ihrer Beute nicht lange erfreuen; ein Wächter der Nacht faßte sie ab und zeigte sie an; da wurden sie aus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930708-13/fragment/page=0005

dem Bahnhofe entlassen und dann unter Anklage gestellt. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten, ihr Geständnis und ihre anscheinende Reue wurden ihren mildernde Umstände zugeklügt, so daß sie mit je 4 Monaten Gefängnis davokamen. — Aeter ein halbes Jahr lang hatte der Schlosser Paul Schimpf hier, 36 Jahre alt, verschiedene Gegenden der Stadt durch Diebereien unsicher gemacht, bis endlich im Mai d. J. die Kriminalpolizei hinter sein Treiben kam und ihn festnahm. Nun fand er wegen mehrfacher Diebstähle im wiederholten Rückfalle unter Anklage und mit ihm der 26jährige Arbeiter Friedrich Wilhelm Christian Heter, dieser jedoch bloß wegen Mittäterschaft an einem gemeinschaftlichen Diebstahle, der Entwendung eines Kastens nebst einer Wage und Gewichten aus einem verschlossenen Keller des Fleischermeisters Bauermann. Schimpf war am 11. September v. J. an seine Unternehmungen gegangen, die er angeblich aus Not seiner Familie veranlaßt durch Arbeitslosigkeit, verübt haben wollte. Er hatte genommen, was ihm des Nimmehmens wert erschien: Strümpfe, Hemden, Pferdedecken, Handtücher, Drahtkrampen, Tabak pfeifen, Streichholzbüchsen, Schlackwurst, Schinken, Flurlampen, Taschenmesser, einen Handwagen, einen Sack Hafer, einen Sack Häcksel, sieben Hühner, zehn Kaninchen und ähnliches Zeug, wovon manches noch bei der Haussuchung vorgefunden worden. Alle diese Diebstähle räumte Schimpf zwar nicht ein, er wurde aber durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet und wegen eines schweren Diebstahls sowie wegen 13 einfacher Diebstähle zu 5 Jahren Zuchthaus und Nebenstrafen verurteilt. Christians Sache mußte bekanntlich weiterer Ermittelungen vertagt werden. Empfindliche Strafe erhielt auch die verehelichte Arbeiter Marie Röll geb. Baus aus Giebichenstein, 32 Jahre alt, angeklagt wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle. Die Angeklagte sollte im Januar d. J. der verehelichten Meinhardt in Giebichenstein mittels falschen Schlüssels Kleidungsstücke entwendet haben, was jedoch nicht erwiesen werden konnte, wohl aber ein versuchter schwerer Diebstahl. Am 28. Januar war die Angeklagte betreffen worden, als sie mittels falschen Schlüssels die Meinhardtsche Stube zu öffnen im Begriff gewesen. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde die Strafe auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis festgesetzt.

Gewerbegericht. Sitzung vom 6. Juli. Der Maurer Klinkmann klagt gegen den Maurer Kepfer auf Zahlung rückständigen Lohnes in Höhe von 36 M. Da Kläger inzwischen 18 M. erhalten hat, reduziert er seine Forderung auf 18 M. Beklagter hatte bereits in einem früheren Termin behauptet, daß er nicht der Arbeitgeber, sondern dies der Architekt Buckwald sei. Letzterer war nun für heute als Zeuge geladen, aber nicht erschienen, weshalb er wegen unentschuldigten Ausbleibens mit 3 M. in Strafe genommen wurde. Gleichzeitig machte sich die Vertagung des Termins auf Donnerstag den 13. Juli notwendig. — Wegen kündigungsloser Entlassung war die Arbeiterin Greß gegen den Fabrikanten Grimme klagbar geworden auf Zahlung einer 14tägigen Lohnentschädigung in Höhe von 14 M. Beklagter hatte in einem in dieser Streitsache schon angestandenen Termine erklärt, daß er die Klägerin entlassen, da sie Schokolade mit nach Hause genommen habe. Die hierüber heute vorgenommene Beweisaufnahme ergab jedoch nichts Belastendes gegen die Klägerin, infolgedessen einigten sich beide Parteien dahingehend, daß Beklagter an die Klägerin 14 M. bezahlt, letzteren aber die Kosten des Rechtsstreits trägt. — In der Klagesache der Arbeiter Tag und Genossen wider den Monteur Fischer auf Zahlung rückständigen Lohnes in Höhe von je 30 M. war bereits in einem früheren Termine ein Versäumnisurteil gegen den damals nicht erschienenen Beklagten erlassen worden. Letzterer hatte indessen rechtzeitig Einspruch gegen das Versäumnisurteil erhoben, aus welchem Grunde heute wiederum Verhandlung anstand. Da Beklagter abermals nicht erschienen war, wurde der erhobene Einspruch als auf gehoben betrachtet. — Der Arbeiter Pfeiffer klagt gegen den Reit-Institutsbesitzer Schreiter wegen kündigungsloser Entlassung auf Zahlung einer 14tägigen Lohnentschädigung in Höhe von 32.50 M. Beklagter wendete demgegenüber ein, daß der Kläger die Pferde herausgelassen habe, ohne dieselben gefüttert zu haben; außerdem habe derselbe das Offen auf die Erde geschmissen, wofür er dem Kläger einige Ohrfeigen verabreicht habe; überdies sei derselbe nicht sofort entlassen, sondern dem Kläger vierzehn Tage vor seiner Entlassung wiederholt gekündigt worden, was er ebenfalls den anderen Reitknechten gegenüber zugestanden habe. Kläger bestreitet dies entschieden, und es macht sich deshalb behufs Beweisaufnahme neuer Termin Donnerstag den 13. Juli notwendig. — In der Klagesache Urbach wider den Kaufmann Kninitz konnte nicht in die Verhandlung eingetreten werden, da beide Parteien nicht zum Termin erschienen waren. — Die Arbeiter Schulze und Genossen klagen gegen den Maurermeister Ebers auf Zahlung einer Lohnentschädigung in Höhe von je 20 M., da sie die ihnen seit Ostertagen Kalk- und Steinerdearbeiten eines Neubaues an der Lindenstraße nicht ausführen konnten. Angeklagten macht hiergegen geltend, daß er ihnen die Arbeit nur mit dem Vorbehalt übergeben habe, daß dieselbe nicht von anderen ausgeführt würde, einen bestimmten Zeitpunkt zum Anfangen nicht gegeben, die Kläger aber überdies an der Ausführung ihrer Arbeit nicht verhindert habe. Es wird beschlossen, neuen Termin auf Donnerstag, den 13. Juli behufs Zeugenvernehmung festzusetzen. — In der Klagesache des Bildhauers Dießner wider den Bildhauer Franke konnte nicht in die Verhandlung eingetreten werden, da der Beklagte nicht ausfindig gemacht und geladen werden konnte; infolgedessen wird neuer Termin auf Donnerstag den 13. Juli anberaumt. — Der Pferdebahnkutscher Precht klagt gegen die Hall. Straßenbahn auf Zahlung rückständigen Lohnes in Höhe von 14 M., der ihm bis zur Entlassung zustehenden Tantième in Höhe von 4 M., sowie der von ihm geleisteten Kaution im Betrage von 150 M. Der Direktor der Straßenbahn stellt zunächst bezüglich der Forderungen fest, daß der dem Kläger zustehende rückständige Lohn von 14 M. richtig sei, die Tantième betrage jedoch 10.35 M., die Höhe der Kaution sei aber nur 100 M, da 50 M. als Lehrgeld in Abzug gebracht würden auf Grund des geschlossenen Vertrags. Weiter erklärt der Direktor, daß diese Beträge zurückbehalten worden seien, da Kläger die Arbeit vor Ablauf der Kündigung verlassen habe, er sei jedoch bereit, diese Summen an den Kläger zu zahlen, wenn derselbe ihn höflichst darum ersuche. Da dies von demselben geschieht, verpflichtet sich die Beklagte, an den Kläger 14 M rückständigen Lohn, 10.35 M. Tantième, sowie die Kaution von 100 M. nebst den aufgelaufenen Zinsen zu zahlen. Kläger aber nimmt hierauf seine Klage zurück. — In der Klagesache des Zimmermanns Müller gegen den Architekt Herr hatte Beklagter in einer Eingabe mitgeteilt, daß er zum Termin nicht kommen könne; infolgedessen wurde neuer Termin auf Donnerstag den 13. Juli anberaumt — Der Maler Hitschke klagt gegen den Malermeister Schlegel auf Zahlung rückständigen Lohnes in Höhe von 14.50 M. Beklagter macht demgegenüber geltend, daß er mit dem Kläger vereinbart habe, derselbe solle den Lohn erhalten, wenn die von demselben gelieferten Arbeiten abgeliefert seien. Kläger erklärt jedoch, daß letzteres bereits geschehen sei. Schließlich erkennt Beklagter die Forderung an und wird demgemäß verurteilt. — Gleichfalls wegen rückständigen Lohn klagt der Maler Hanke gegen den Malermeister Schlegel auf Zahlung von 5.70 M. Hiergegen führt der Beklagte aus, daß der Kläger nicht 19 Stunden bei ihm gearbeitet, da er ihn schlafend angetroffen habe; außerdem könne er dem Kläger einen Stundenlohn von 30 Pf. nicht geben, weil letzterer erst seit kurzer Zeit die Lehre verlassen. Beide Parteien einigen sich schließlich dahin, daß B klagter die angegebenen 19 Stunden Arbeit anerkennt und an den Kläger, welche den Stundenlohn von 30 auf 25 Pfg. ermäßigte, nunmehr 4.75 M. zahlt. — In der Klagesache des Hausknechts Eckert wider Reiche mußte neuer Termin auf Donnerstag den 13. Juli anberaumt werden, da Beklagter in einem Schreiben mitteilte, daß er notwendig habe verreisen müssen.

Vereine, Versammlungen etc.

Halle, 6. Juli. Am Mittwoch den 5. Juli fand eine Mitgliederversammlung des Vereins der Maurer-Arbeitsleute und verwandten Berufsgenossen von Halle und Umgegend im Saale der Moritzburg statt. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Jahreskassenbericht" fand seine Erledigung, indem die Revisoren denselben revidiert und für richtig befunden und dem Kassierer debattelos Decharge erteilt werden konnte. Nach vollzogener Wahl des Gesamt-Vorstandes, des Bibliothekars und der Revisoren wurde zum 5. Punkt der Tagesordnung, Verschiedenes, übergegangen. Nach heftiger Debatte über einen Kollegen, selbiger hatte sich nicht als Mensch betragen, da er vielmehr mächtig angeschossen war, beschloß die Versammlung, daß er, wenn er es weiterhin derartige Sachen provoziere, lieber aus dem Verein ausschreiten möchte, um demselben dadurch nicht noch mehr Schaden zuzufügen. Weiter wurde noch bemerkt, daß bei einem Leichenbegängnis ein früherer Vereinskollege sich Beleidigungen gegen unsern Verein hat zuschulden kommen lassen, die wir hier nicht wiedergeben wollen. Die Versammlung aber fordert Betreffenden auf, in unserer Versammlung zu erscheinen, um sich zu rechtfertigen, resp. Beweise für seine Anschuldigungen zu bringen. Könnte er dieses nicht, so bewestt es damit, daß seine Aussagen auf Unwahrheiten beruhen, und er gezwungen, dadurch versucht, die uns fernstehenden Maurer-Arbeitsleute von Halle gegen uns einzunehmen. Nach einigem nicht Bemerkenswertem wurde die Versammlung geschlossen.

Nah und Fern

Berlin. Der gewiß seltene Fall, daß ein Menschenbiß den Tod herbeiführt, ist in der hiesigen königl. Klinik festgestellt worden. Am 28. v. Mts. wurde dort der 44 Jahre alte Gastwirt Friedrich Karl Mösenthin aus Stendal eingeliefert. Drei Tage vorher besuchte ein Zigarrenarbeiter seine Wirtschaft und brachte es durch sein Betragen dahin, daß er vor die Thüre gesetzt wurde. Während dies geschah, wurde der Mensch so wütend, daß ihm Schaum aus dem Munde kam und daß er dem Wirt den Daumen der rechten Hand durchbiß. Der Arm schwoll alsbald an und ärztlicherseits wurde in anbetracht der hohen Gefahr die Ueberführung des Verletzten nach Berlin angeordnet. Als Mösenthin hier ankangte, war sein Zustand so bedenklich, daß der Arm abgenommen wurde. Trotzdem starb der Kranke am 1. d. Mts. Die Leichenöffnung ergab als Todesursache Blutvergiftung. Wenn man nicht annimmt, daß der Täter vor dem Biß Spisen genossen hat, die giftige Stoffe enthielten, muß es als wahrscheinlich gelten, daß der Biß des rasenden Menschen durch eine Vergiftung des Speichels tödlich gewirkt hat

Vermischtes.

* **Schon 20 Jahre tot und noch wahlberechtigt.** Als Wahlkuriosum verdient die Thatsache beachtet zu werden, daß bei der diesjährigen Reichstagswahl in Brandenburg ein Mann in den Wählerlisten verzeichnet stand, der bereits vor ca. 20 Jahren das Zeitliche gesegnet und im Reich der Gräber sein letztes Heim aufgeschlagen hat. Hunderte von Arbeitern, welche wahlberechtigt und — noch leben, hatte man dagegen „vergessen".

Ausverkauf in Kurz-, Galanterie- u. Spielwaren.

Wegen Aufgabe des Geschäfts **Anfang September cr.** verkaufe zu jedem annehmbaren Preis.

W. Lauenroth, früher Plötz, große Ulrichstraße **49.**

Wegen Geschäftsaufgabe

verkaufe sämtliche Waren zu herabgesetzten Preisen. Eine Ladeneinrichtung zu verkaufen und 1. Juli zu übernehmen.

H. Kunze,
Giebichenstein, Wittekindstraße 30.

Kinderwagen, Reisekörbe
sowie alle anderen
Korbwaren
empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen
W. Leopold,
13 Mauergasse 13.

Otto Hammelmann
Schuhwarengeschäft
55 Geiststrasse 55
hält sich zu Einkäufen bestens empfohlen.

Großes kräftiges Schwarzbrot
1. und 2. Sorte empfiehlt
Otto Hänel, Karlstraße 1.

ff. Nordhäuser
à Liter 65 ₰ empfiehlt
D. Krause,
Gasthof zum Pelikan, Steinweg.

Paul Böttchers Rasier-Salon
Schülershof 17 am Markt
hält sich den Genossen bestens empfohlen.

Berusteinfußbodenlack mit Farbe à Pfd. 75 ₰
bei **Georg Zeising,** Kleinschmieden

Fußbodenölfarbe à Pfund 40 ₰
Georg Zeising, Kleinschmieden.

Billigste Bezugsquelle für Tapeten
bei
K. Rapsilber,
23 Leipzigerstraße 23,
ältestes Spezialgeschäft hiesigen Platzes, gegr. 1859. Fernspr. 305.

Verkaufshaus der Burger Schuhfabriken
von
Conrad Tack & Cie.
Schmeerstraße 1, Ratskeller-Neubau
verkauft:

Herren-Halbschuhe . . .	von 4.00 Mk.	an.
„ Stiefeletten . . .	„ 4.50	„
„ Schaftstiefeln . .	„ 5.00	„
Damen-Promenaden . . .	„ 2.80	„
„ Zugstiefeln . . .	„ 2.60	„
„ Lederhausschuhe	„ 2.50	„
„ Zeugschuhe . . .	„ 2.00	„

sowie alle anderen Schuhwaren entsprechend billig in bekannt guter Ware zu nur festen Preisen.

Burger Schuhwaren-Fabriken mit Dampfbetrieb
von
Conrad Tack & Cie.
Schmeerstraße 1.

Grosser Ausverkauf.

Da ich mein Geschäft zum 1. August gänzlich auflöse, verkaufe ich sämtliche Waren zu und unter Einkaufspreis.
Empfehle Kinderkleider, Unterröcke, Unterzeuge, Korsetts, Strümpfe und Wäsche in noch großer Auswahl.
Auch ist daselbst eine noch fast neue Ladeneinrichtung zu verkaufen.

C. Leonhardt, Geiststraße 67.

Achtung! Käse billiger!

Echte Harzerkäse 7 Stück	20	Pf.
echte Thür. Stangenkäse 3 St.	25	„
☐ Kümmelkäse 2 Stück	15	„
ff. Limburgerkäse Pfd.	25	„
ff. Sahnenkäschen Stück	10	„

empfiehlt nur allein
Holländ. Butter-Compagnie
54 gr. Ulrichstr. 54. 41 Leipzigerstr. 41.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß, Halle. — Druck der Hallescheu Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189307 08-13/fragment/page=0006